

Demokrat

Zentrumorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
jährlich . . . 192.—
Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Dreissachsbill.

2. Jahrgang.

Samstag, 28. Oktober 1922.

Nr. 254.

28. Oktober.

Deutschlands innere Krise.

Die deutsche Sozialdemokratie vor wichtigen Entscheidungen.

Berlin, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
In der Sitzung der Parteiführer mit der Reichs-
regierung am Donnerstag war die Einsetzung
einer Untersuchungskommission beschlossen wor-
den, die über die sozialdemokratischen Vorschläge
zur Stabilisierung der Mark beraten soll. Diese
Untersuchungskommission ist zum Samstag vor-
mittag einberufen worden. Von der Sozialdemo-
kratie gehören ihr an die Genossen Hermann
Müller und Dr. Hilferding. Der Vorstand
der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der
aus etwa 20 Mitgliedern besteht, ist für Montag
vormittag einberufen und wird in dieser Sitzung
sinnzeichnen den Ernst der gegenwärtigen
innenpolitischen Lage. Die Sozialdemo-
kratie ist sich klar darüber, daß zwar auch auf
die außenpolitische Lage bei der Erörte-
rung der innenpolitischen Fragen Rücksicht ge-
nommen werden müsse, jedoch kann die Partei
keine Verschleppungsakt durchführen, die
sich bei der augenblicklichen wirtschaftlichen
Lage nur zum Schaden des deutschen Volkes aus-
wirken kann. Der Fraktionsvorstand wird sich des-
halb insbesondere mit dem Gang und der Art der
Verhandlungen beschäftigen und darüber beschlie-
ßen, ob die Situation eine Einberufung der
Gesamtfraktion notwendig mache.

Rücktritt der bayerischen Regierung?

München, 27. Oktober. Die das Wolffsche
Büro von gut unterrichteter Seite erfährt, dürfte
der Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten
Grafen Berchthold unmittelbar bevorstehen.

Das Arbeitsamt und der Achttundentag.

Genf, 26. Oktober. Die internationale Ar-
beitskonferenz schloß heute die Debatte über den
Bericht des Direktors des Arbeitsamtes ab: Fou-
haug trat für eine lückenlose Durchfüh-
rung des Achttundentages ein. Er erklärte: Als
in Washington zugegeben wurde, daß die Arbeits-
zeit nicht immer genau eingehalten werden kann,
hat großer Wermutungen in der Welt geherrscht.
Heute herrscht großer Arbeitsmangel. Die gegen-
wärtige Krise erlaube die sofortige Anwendung
des Washingtoner Abkommens. Soll es wirksam

Lohntampfl in den deutschen Staats- betrieben.

Berlin, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Die am 25. d. M. begonnenen Verhandlungen
über die Neuregelung der Gehälter für
die Beamten und Arbeiter des Reiches
haben zu einer ersten Krise geführt. Bei
der letzten Aenderung der Besoldungsordnung
war es den Gewerkschaften zwar gelungen, die
prozentualen Frauenzulagen zu beseitigen,
aber in den unteren und mittleren Besoldungs-
gruppen konnte keine befriedigende Regelung er-
zielt werden. Bei den neuen Verhandlungen be-
antragten die Gewerkschaftsvertreter, nicht nur
über die Teuerungszulagen für die
Arbeiter, sondern auch über die Erhö-
hung der Beamtengehälter zu ver-
handeln. Die Regierung lehnte das ab.
Auch bei den Verhandlungen über die Erhöhung
der Arbeiterlöhne konnte bisher keine
Verständigung erzielt werden. Die Vorschläge
der Regierung wurden von den Gewerkschaften
abgelehnt, und da die Regierung über ihr Ange-
bot nicht hinausgehen wollte, brachen die
Gewerkschaftsvertreter die Ver-
handlungen ab. Der Vorstand des deut-
schen Eisenbahnerverbandes hat nunmehr den
A. D. G. B. um seine Vermittlung gebeten.

sein, so muß es von allen durchgeführt werden. Es
gibt nur zwei Wege: entweder erweise sich das
internationale Arbeitsamt fähig, die gefassten Be-
schlüsse durchzuführen zu lassen, oder es muß
den Bankrott erklären. Die Arbeitermassen, die
heute im Arbeitsamt mit den Regierungen und
den Arbeitgebern zusammenarbeiten, würden ihre
Handlungsfreiheit wieder gewinnen und zum offe-
nen Kampf zurückkehren.

Amerika und die Orientkonferenz.

London, 27. Oktober (Havas). Wie aus
Washington gemeldet wird, wird sich die amerika-
nische Regierung, falls sie zu der Friedenskonfe-
renz in Lausanne eingeladen wird, bereit erklä-
ren, einem offiziellen Beobachter zu ernennen, wel-
cher den Standpunkt der Vereinigten Staaten zu
allen aufgeworfenen Fragen bekanntgeben wird.

Ganz genau so hat die nationale
Triebkraft der Oktoberrevolution versagt.
Das tschechische Volk in seiner Gesamtheit ist
von Freiheit und Selbstverantwortung für sein
Geschick so weit entfernt wie nur je in den
Zeiten des ärgsten Absolutismus, die oberen
Klassen der Intellektuellen und der wirtschaft-
lich Starke bloß haben geerntet, wo die von
ihnen gegängelte Masse kämpfend und beei-
sterungstrunken das Feld bestellt hat. In allen
Ländern sitzen die Vertreter der Herrenklassen,
im Parlament führen sie das große Wort, in
der Regierung, bei welcher die Führer der Ar-
beiterschaft verantwortungsbekannt mittun dür-
fen, geben sie den Kurs an. Doch sich selbst
Nahre nach 1848 das traurige Schauspiel von
damals wiederholen und unter sozial grund-
verschiedenen Verhältnissen wieder das Bür-
gertum die Früchte einer nationalen Erhebung
pflücken konnte, drückt dieser Erhebung einen
unwiderstehlichen Makel auf und erweist ihre be-
gehrtesten Schlachtopfer als innerlich un-
wahr. Männer, denen es mit dem Worte „Frei-
heit den Völkern!“ ernst war, hätten diese
Freiheit nicht unter die raffgierige Gut der
Bourgeoisie gestellt und sie hätten sie, wenn sie
schon an den „historischen Grenzen“ in „hei-
ligem Egoismus“ festhalten zu müssen mein-
ten, auch für jene Nationen eifersüchtig ge-
wahrt, die innerhalb dieser geschichtlichen Ge-
meinschaften angehördelt sind. Aber das ver-
pflichtende Wort aus Masaryks Weihnachts-
botschaft 1918: „In dem Ausbau einer demo-
kratischen Autonomie erblicken wir das geeig-
nete Mittel zur Lösung der nationalen Fra-
gen“ ist bis zum heutigen Tage leerer Schall
geblieben, nicht frei unter freien, sondern als
Anrechte unter einem Herrschaft fristen die
Minoritäten ein klägliches kulturelles Dasein.
Auch der Geist des großen Kämpfers für
meist Hus, der den Fahnen der Revolutionäre

vom Spätherbst 1918 voranschritt, ist unbe-
merkt und ohne eine Spur zu hinterlassen, in
sein Grab zurückgekehrt, seine späten Enkel
haben den Feldern, auf böhmischem Boden und
nicht in Konstanz, nochmals verleugnet und
verbrannt. Kom, dieser Erbfeind des freien
Gedankens, herrscht nach wie vor im Lande,
die tschechische Nationalkirche wächst über ein
kümmerliches Schattenleben nicht hinaus, in
die Schulen hat das „kleine Schulgesetz“ den
eben etwas zurückgedrängten Katecheten durch
ein Hintertürchen wieder zurückgeführt, die
reinliche Scheidung von Kirche und Staat auf
allen Gebieten des öffentlichen Lebens will
noch lange nicht kommen. Und wenn Hus und
sein Getreue, Zizka von Troznow, dem aus-
gebeuteten Proletariat ihrer Zeit Füh-
rer und Schützer waren, so haben jene, die
sich heute immer wieder auf sie berufen, sie
erst recht um ein Linsengericht verfehndert.
Wenn das tschechische Volk aufrichtig gegen
sich ist, so kann es aus diesem Ergebnis und der
Art, wie bisher der Staat geleitet wurde, keine
erfreuliche Bilanz ziehen. Seine Regierenden
haben den breiten Massen des Volkes nichts
gegeben, den Wohlstand des Staates verant-
wortungslos vergeudet, die Gegenwart trost-
los gestaltet, reiche Zukunftsmöglichkeiten ver-
schüttet, die Ideale der Vergangenheit scham-
los preisgegeben und statt Freiheit und wahrer
Demokratie ein System der Anrechtenschaft und
des hemmungsfreiesten Absolutismus errichtet.
Der einzige wirkliche „Befreite“ ist der tsche-
chische Kapitalismus, die zur Herrschaft ge-
langte tschechische Herrenklasse, welche ihre
Freiße nicht nur gegen die anderen Nationen
im Staate schwingt, sondern auch gegen das
Proletariat des eigenen Volkes. Ein 28. Ok-
tober als der Befreiungstag aller Bewohner
des Staates wird erst kommen!

Abgeordnetenhaus.

Schmutzige Wäsche. — Die Vaeran-
Affäre.

Unter den Schlussreden, welche der De-
batte über das Regierungsprogramm und die
Wirtschaftskrise in der gestrigen Sitzung ge-
widmet waren, verdient die des tschechischen
Sozialdemokraten Meißner besondere Er-
wähnung. Abg. Meißner setzte sich vor allem
mit den Ausführungen des Genossen Dr. Czech
auseinander. Wir werden noch ausführlich
auf diese Erwiderung zurückkommen. Im übr-
igen wurde zwischen der slowakischen Volkspartei
und den Regierungsslowaken sehr viel schmutzige
Wäsche gewaschen. Den größten Teil der übr-
igen Sitzung füllte die Immunitätsangelegen-
heit Dr. Vaeranus, welche ebenen Beitritt
in Schimpfworten zwischen den Deutschbürger-
lichen und den tschechischen Koalitionsparteien
erweckte, denen auch Finanzminister Raschin
assistierte. Vaeran selbst stimmte für seine Aus-
lieferung, die das Haus nach Anhören des
stellenweise sehr unfaulichen Berichtes gegen
die Stimmen der Oppositionsparteien annahm.

Um einhalb 11 Uhr eröffnete Präsident To-
mas die Sitzung. Als erster Redner sprach Abg.
Pafel (tsch. Agrar.), worauf

Abg. Dubnik (Kom.) in seinen Ausführungen
sich scharf gegen die Konfiskationsmethode in die-
sem Staate wendet. Er beweist, daß in kommuni-
stischen Blättern Artikel konfiskiert wurden, die
unter der Zarenherrschaft in Rußland ohne weite-
res gedruckt werden konnten. Zu erregten Szenen
und Zwischenrufen kommt es dann weiter, als der
Redner die Auflösung der kommunistischen Ju-
gendorganisation verurteilt. Redner polemisiert
hierauf scharf gegen den Finanzminister Raschin.
Hierauf antwortet

Minister für soziale Fürsorge Haberman die
Interpellationen betreffend die Wirtschaftskrise.
Der Minister hält die jetzige Wirtschaftskrise für
eine vorübergehende und anerkennt die Pflicht der
Regierung, alle Arbeiten, die ihr durch die Krise
gestiftet werden, zu erfüllen, da es Arbeiten der So-
zialpolitik sind. Erleidigungen finanzieller
Art, Verbilligung der Lebensmittel und finanzielle
Unterstützung der durch die Krise bedrohten Per-
sonen und Unternehmer — das sind die nächsten
Aufgaben der Regierung. In der Regierungser-
klärung habe die Regierung gezeigt, auf welchem
Wege sie die Reformen durchzuführen will. Redner
verweist auf eine Reihe von Maßnahmen und
Verordnungen, die bereits von der Regierung ge-
troffen wurden und die sie noch durchführen wird,
so Verbilligung der Posttarife, Verhinderung von
sofortigen Massenentlassungen etc. Das Ministe-
rium für öffentliche Arbeiten werde bemüht sein,
die vorgezeichneten Arbeiten rashest durchzuführen zu
lassen. Das Eisenbahnministerium habe gleichfalls
große Bestellungen, so auf 1200 Waggons für das
kommende Jahr in Aussicht gestellt. Für den Um-
bau von Staatsgebäuden sowie für Neubauten
sind 293.110.612 K. vorgesehen, für den Bau von
Wohnungen 72 Millionen usw. Für Wohnungs-
fürsorge hat man 676 Millionen aufgestellt. Der
Redner bespricht hierauf die einzelnen Posten im
Budget, die für öffentliche Arbeiten vorgesehen
sind. Auf dem Gebiete des Wasserbaues wurde
eine Reihe von Plänen in der ganzen Republik
reguliert. In Zschoditz wird ein Elektrizitätswerk
mit einem Aufwand von 160 Millionen Kronen
gebaut, auf dem Gebiete des Eisenbahnbauens eine
Reihe von Bauten in Angriff genommen.

Was die Unterstützung der Baubewer-
bung betrifft, wurde eine solche bis Ende 1920
für 7207 Häuser mit 18055 Wohnungen in der
Höhe von 784 Millionen vorgesehen. Davon wa-
ren bis Ende 1921 2600 neue Häuser mit 9377
Wohnungen und einem tatsächlichen Aufwand von
774 Millionen Kronen fertig. 1921 und 1922
wurde die Unterstützung für 3362 Häuser mit 6569
Wohnungen in der Höhe von 576 Millionen Kro-
nen erteilt. Die Höhe der garantierten Anleihen
machte bis Ende 1921 rund eine Milliarde aus
und bei Projekten, für welche die Unterstützung
1921 und 1922 erteilt worden ist, 450 Millionen.
Daraus entsteht eine Mehrbelastung für den Staat
von rund hundert Millionen Kronen jährlich.

Der Aufwand für die Arbeitslosenunter-
stützung liegt beträchtlich. Im ersten Halb-
jahr 1922 wurden fast 66 Millionen Kronen aus-
gegeben. Das macht also für das ganze Jahr un-
gefähr 132 Millionen Kronen aus. Da die im
vorigen Jahr bewilligten Summen nicht ausreichen,
wird die Regierung um die Erteilung eines
Ergänzungskredites für die Arbeitslosenunterstüt-

Das tschechische Volk feiert heute den vier-
ten Jahrestag der Erinnerung seiner Selbst-
ständigkeit. Die Aufmachung bei den offiziellen
Feiern wird gewiß nichts zu wünschen übrig
lassen und farbenfreudigen Augen ein gesuchtes
Schauspiel bieten. Auch der rhetorische
Schwung der hierbei gehaltenen Reden wird ge-
wisshin nichts weniger feurig sein, als bei der
ersten Feier dieses Tages, der die Befreiung
des tschechischen Volkes gebracht haben soll.
Vielleicht wird auch wirklich den leider noch
vielen, die sich von tönenden Reden gerne be-
rauschen lassen, wieder einmal alles im rosigen
Lichte erscheinen. Den Bedächtigeren, Nach-
denklicheren und Verantwortungsvolleren vor
ihrem eigenen Volke aber dürfen doch über
die Art der „Befreiung“, wie sie sich jetzt nach
vier Jahren des Bestandes des neuen Staates
darstellt, einige Bedenken aufsteigen. Und so
mancher Angehörige des befreiten Volkes dürste
sich in seinem stillen Herzenskammerlein beküm-
mert fragen, ob der neue Staat, wenigstens
für die große Masse, die Erwartungen, von
denen an seiner Wiege gesungen wurde, auch
nur einigermaßen gerechtfertigt hat. Vielleicht
regt sich sogar in manchem das Bewußtsein bei
der Frage, inwieweit der im Zeichen der De-
mokratie und des Selbstbestimmungsrechtes
geborene Staat diesen Idealen gegenüber der
Gesamtheit seiner Bürger treu geblieben ist.

Man mißverstehe uns nicht. Wir deut-
schen Sozialdemokraten haben die Bestrebun-
gen der Tschechen, das Habsburgerjoch abzu-
schütteln, stets freudig gefördert und wir haben
auch vom ersten Tage der errungenen Selbst-
ständigkeit ihnen diese neidlos gegönnt. Am
30. Oktober 1918, also zwei Tage nach dem
Umsturz, schrieb die Teplicker „Freiheit“, die
damals als das Hauptblatt unserer Partei galt:
„Was der Traum der Tschechen, das Ziel ihrer
Sehnsucht war, wofür ihre bedeutendsten Män-
ner zu „Hochverratern“ am gewesenen öster-
reichisch-ungarischen Staat und dadurch zu
Märtyrern wurden, das ist nun Erfüllung, ist
Gegenwart und für das tschechoslowakische
Volk verheißungsvolle Zukunft geworden. Daß
es so gekommen ist, dazu beglückwünschen wir
deutschen Sozialdemokraten, die wir den Ver-
fassungskampf aller Völker zu verstehen bemüht
sind, das tschechische Volk aufrichtig. Wir be-
glückwünschen vor allem die tschechischen Pro-
letarier zur Erfüllung ihrer Sehnsucht.“
Aber wir bedürften gar nicht erst dieses
Alibi, um zu erweisen, daß wir das heilige
Streben des tschechischen Volkes, über sein
Schicksal selbst und frei zu entscheiden, stets voll
begriffen haben. Und als Sozialisten und De-
mokraten ist uns das Ringen jedes Volkes um
seine Unabhängigkeit wahrlich nicht bloß Ge-
genstand einer platonischen Liebe, sondern ein
Teil unseres Kampfes selbst. Umso stärker ist
unser Recht, an diesem vierten Geburtstage der
Republik zu fragen, wie und in welchem Maße
sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat,
wie wir auch glauben, daß ebenso die Träger
des Staatsgedankens die Pflicht haben, sich
diese Frage mit aller Eindringlichkeit zu stel-
len. Feste zu feiern, Neben zu halten, Blumen-
girlanden zu winden und Fahnen herauszu-
stecken, reicht auf die Dauer nicht hin, um
das Recht eines Staates ans Dasein zu erwei-
sen. Im Leben bewähren sich Individuen und
Staaten nicht durch die Tatsache ihrer Existenz,
sondern darin, wie sie an sich zu arbeiten, wozu
sie sich emporkämpfen müssen.

zung in der Höhe von hundert Millionen Kronen ansuchen. Die bisher eingeschränkte Arbeitslosenunterstützung wurde erweitert. Für Notstandsbauteiler Unterstüngen gewährt. Der Minister erluchte das Parlament, die Tätigkeit der Regierung auf diesem Gebiete zu unterstützen.

Abg. Dr. Weiskner (sch. Soz. Dem.) erklärt, daß sich die tschechische Sozialdemokratie weder durch die gute noch durch die schlechte Kritik an ihrer Tätigkeit von dem Wege wird abdrängen lassen. Den sie auf Grund der gegebenen Lage für den im Interesse der Arbeiterklasse günstigen hält. Abg. Dr. Czoch hat die Koalition als eine unnatürliche und die Arbeiterinteressen schädigende Erscheinung bezeichnet. Die grundsätzliche Frage der Zusammenarbeit der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie in einer Regierung ist bereits längst durch die Zustimmung eines großen Teiles des tschechischen Proletariates sowie der großen Massen der Arbeiterschaft in Deutschland entschieden. Es gibt keine Oppositionspartei, welche die tschechische Sozialdemokratie in der Regierung ersetzen könnte. Für die Partei des Redners bedeutet die Koalition kein Ideal. Die tschechische Sozialdemokratie sei sich der schwachen Seiten der Koalition bewußt, aber es müsse Rücksicht genommen werden auf die großen Probleme, die durch die Staatsverwaltung gelöst werden müssen. Die Popularität der Partei und der Personen müsse vor dem Interesse des Proletariates weichen. Insbesondere in der Zeit der Wirtschaftskrise darf man dem Bürgerum in der Regierung nicht freie Hand lassen, sondern das Bürgerum in der Regierung kontrollieren. Die Teilnahme an der Regierung kann die Schläge, die die Kapitalisten der Arbeiterschaft versetzen wollen, wenn nicht verhindern, so doch wenigstens mildern. Der Abg. Czoch hat für die letzte Krise ausschließlich die Regierung verantwortlich gemacht. Man kann aber nicht den Standpunkt vertreten, daß eine schlechte Regierung alles verdirbt und eine gute Regierung alles wieder gutmachen kann. Die Macht des Staates in wirtschaftlichen Fragen ist nicht unbegrenzt. Abg. Czoch übertrifft auch, daß nicht einmal die rein innere Krise der Volkswirtschaft durch die Regierung verschuldet wurde. Schuld sind vielmehr die Kapitalisten, die sich an kleinere Gewinne nicht gewöhnen können. Soweit die Krise durch das Jahr Steigen der Krone verursacht wurde, sind die Schwierigkeiten nur augenblicklicher Natur. Die angeklügelte Erniedrigung der Exporttarife stärkt die Hoffnung, daß es gelingen wird, die Krise in absehbarer Zeit zu überwinden. Freilich wird damit die allgemeine Industriekrise nicht überwunden. Es handelt sich hier um die sogenannte Uebersättigung der Tschechoslowakei mit Industrie. Mit einer Einschränkung der Industrie kann Redner nicht übereinstimmen. Die Arbeiter haben an dieser Frage ein noch größeres Interesse als die Unternehmer. Denn während sich die Unternehmer leicht von der heimischen Industrie lösen können, sind die Arbeiter mit den inländischen Unternehmungen verflochten. Wenn man das nationale Moment in Betracht zieht, kann man noch gesagt werden, daß die Vernichtung der deutschen Industrie in Nordböhmen eine schwere Schädigung auch der tschechischen Arbeiterschaft wäre. Der Staat muß durch seine Handels- und Verkehrspolitik dazu beitragen, daß die Tschechoslowakei alles an Industrie erhalte, was sie vom alten Oesterreich geerbt hat. Abg. Dr. Czoch hat auch die Valutapolitik der Regierung kritisiert. Diebezüglich erklärt Redner, daß seine Partei die bisherige Finanzpolitik unterstützt, welche gegen die Inflation gerichtet ist, weil der unbefchränkte Druck von Banknoten in erster Linie die Arbeiterschaft schädigen würde. In einem gab Redner dem Abgeordneten Czoch recht, daß nämlich ein großer Unterschied zwischen dem Programm der Regierung Tulas und der jetzigen ist. Gewiß hat der Sozialismus an Einfluss verloren, aber das ist nicht nur in der Republik der Tschechien, sondern das ist eine internationale Erscheinung. Auf die nationale Frage übergehend, führte Dr. Weiskner aus, daß die tschechische Sozialdemokratie stets eine Partei der Versöhnlichkeit gewesen ist und trotzdem sie auch in Zukunft treu zur Nation stehen

werde, werde sie sich keines Unrechtes gegen andere Nationen schuldig machen. Sie wird alles für die Linderung der nationalen Gegensätze tun, um allen Nationen das Bestmögliche zu ermöglichen. Nachdem Dr. Weiskner noch gegen die Kommunisten polemisiert hatte, besprach er zum Schluß das österreichische Problem und führte aus, daß die tschechische Sozialdemokratie die Politik des Ministers des Auswärtigen, der die Anregung zur Gewährung eines internationalen Kredites an Oesterreich ergriffen hat, als richtig erachte, aber die Partei wolle nicht, daß dieser Kredit zugunsten der österreichischen Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft verwendet wird und verlangt, daß die große Aktion unter Mitwirkung der Arbeiterschaft durchgeführt werde. Die tschechische Sozialdemokratie hoffe durch ihre Teilnahme an der Regierung der Arbeiterschaft zu nützen.

Abg. Juriga (sl. Volksp.) reichte die gegenwärtige tschechische Regierung dem im alten Ungarn geübten System der großen Nationalregierungen an, die auch erklärt hatten, das Bestreben zu haben, das Volk zu schützen, in Wirklichkeit aber ihre Klassen- und imperialistischen Interessen verteidigen wollten. Das Vorgehen des Ministers Strömung wäre nicht einmal in Ungarn unter Tisza möglich gewesen. Die ganze Opposition muß gegen die Barbaren eine Einheitsfront bilden. Weiskner bei allen Oppositionsparteien. Die Koalition nimmt den Oppositionsparteien das Recht zum Leben. Der Redner berief sich im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen auf den Pittsbury Vertrag und schloß damit, daß der Feldhandelsvertrag der den Slowaken hingeworfen wurde, von ihnen auch aufgenommen werde.

Unter andauerndem Lärm befragt Abgeordneter Drušovský (sch. Soz.) die Rednertribüne. Er erinnerte an die Rede, welche der Abgeordnete Plinka in der tschechoslowakischen Nationalversammlung am 30. Jänner 1919 gehalten hat. Damals erklärte er, daß die Slowaken stolz seien, den Tschechen die Hände reichen zu können. Nur der tschechischen Nation, sagte Plinka, ist es zu verdanken, daß die Slowaken frei seien. Redner belächelte die Ansicht des Senators Klimka, der gesagt hatte, die Tschechen brauchen die Slowaken als Kolonie, um sie als Futtertrög überflüssigen, aus Rußland heimkehrenden Elementen hingerufen, wie Klimka die Legionäre bezeichnet. Sowohl gegen diese Ausführungen, wie auch dagegen, daß sich Dr. Lohman als Advokat der slowakischen Abgeordneten aufgeworfen habe, proklamierte der Redner energisch. Im weiteren Verlauf seiner Rede erhob er gegen den Abgeordneten Dr. Labay die Anschuldigung, daß dieser in der Angelegenheit eines Invaliden Josef Kostechy betreffend eine Ausschüttung wegen einer Intervention zugunsten dieses Mannes, der Mitglied der slowakischen Volkspartei sei, 10.000 Kronen genommen habe.

Ungeheurer Lärm bricht unter den Abgeordneten der Mehrheitsparteien los. Rufe wie „Psi“, „Skandal“, „Das ist christliche Liebe“, „Das ist eine teuere Intervention“, „Ihr solltet ihn aus dem Klub werfen“ — ertönen. Dr. Labay eilt zum Präsidenten Tomasek, um sich zum Worte zu melden.

Als Abgeordneter Drušovský mit den Worten sprach: „Wir werden mit allen Kräften die Idee der tschechoslowakischen Mehrheit schützen, denn wenn diese Idee fallen sollte, sind wir Slowaken verloren.“ erhob sich ein Beifallsturm bei den Mehrheitsparteien, während die Opposition in Psi-Rufe ausbrach.

Abgeordneter Dr. Labay (sl. Volksp.), der sich zu einer sachlichen Bemerkung zu Worte gemeldet hatte, stellte fest, daß er in der vom Abgeordneten Drušovský erwähnten Angelegenheit als Advokat gehandelt habe. Abgeordneter Drušovský hätte von anderen Advokaten erbitten sollen, welche Klagen auch Juden erteilen. Während es sich in diesem Falle um einen guten Slowaken und Christen gehandelt habe. Er verwies auf einen Fall, der sich in der von Dr. Deter und Malobis gemeinsam eröffneten Klage ereignet habe, wo von einem Invaliden nur wegen einer

kleinen Abkürzung eines Wittgesuches 2000 Kronen gefordert wurden.

Abgeordneter Dr. Deter (sch. Soz. Dem.) bezeichnete diese Erklärung als unrichtig. Das Dokument, welches Dr. Labay vorgelesen habe, stamme nicht von ihm, da er in dem Augenblick, als er Minister wurde, die Advokatenkanzlei übergeben habe.

Damit war die Debatte geschlossen und nach erfolgter Abstimmung wurden die vier Regierungserklärungen mit den Stimmen der Mehrheitsparteien zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig beschloß das Abgeordnetenhaus die Regierungsvorlage über das Finanzgesetz und das Staatsbudget im abgekürzten Verfahren zu behandeln und dem Plenum zu dessen Verhandlung eine Dauer von 14 Tagen zu gewähren.

Nach Erledigung formaler Angelegenheiten wurde der sechste Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Immunitätsausschusses über die Forderung des Landesgerichtes für Strafsachen in Brünn betreffend

die Auslieferung des Abgeordneten Dr. Alois Baeran

zwecks Strafverfolgung wegen Verbrechen der Spionage verhandelt.

Der Berichterstatter für den Immunitätsausschuss, Abg. Koubek, führte zunächst die bereits bekannte Vorgeschichte der ganzen Affäre an. Gegenüber den bisher bekannten Aussagen Novakovsky liegt eine neue vom 6. Oktober vor, in welcher Novakovsky angibt, daß der Rechtshörer Schwabe ein Opfer des Brünner Abgeordneten Baeran sei, mit dem er in Verbindung gestanden und von dem er Geld erhalten haben soll. Novakovsky sei es klar geworden, daß Baeran militärische Dokumente zu einer gegenständlichen Aktion gebraucht habe. Novakovsky selbst ist in seiner Verbindung mit Baeran gewesen. Als Schwabe diese Aussage Novakovsky vorgelesen wurde, erklärte er, daß er im ganzen für Dokumente von Baeran 10.000 Kronen erhalten habe, die er mit Novakovsky im Verhältnis 1 : 3 geteilt habe. Für eine Fahrt nach Prag erhielt er gewöhnlich 1000 Kronen. Dr. Baeran wußte, daß Schwabe Novakovsky bezahlen mußte. Im ganzen erhielt Novakovsky 6 bis 8000 Kronen. Der Referent beantragte die Auslieferung Dr. Baerans. Zu Worte meldete sich nun

Abg. Dr. Baeran (d. Nat.). Er sagte: Bei der Art, wie die Deutschen in diesem Staate behandelt werden, würde ich mich nicht scheuen, eine Tat zu begehen, die man mir jetzt vorwirft. Ich muß feststellen, daß die Beschuldigung ganz haltlos ist, was sich im Gerichtsverfahren ergeben wird. Das Verfahren wird aber auch das ganze System ausdecken, daß Sie gegen uns Deutsche und die deutschen Volksvertreter anwenden, um sie gefügig zu machen. Deshalb begrüße ich meine Auslieferung und bitte Sie nach auch die deutschen Abgeordneten jeder Partei für meine Auslieferung zu stimmen. (Beifall bei den Deutschbürglichen.)

Abg. Dr. Lohman (d. Nat.): Berichterstatter Koubek hat sich eingangs seines Berichtes auf den Abgeordneten bezogen, den ein jeder von uns auf die Gesehe dieses Staates leistet. Es ist notwendig, daß wir uns dahin klar darüber werden, ob es ein moralischer Defekt ist, wenn wir uns mit einem Paragrafen in Widerspruch setzen, den man in der Regel als Hochverrat kennzeichnet. Präsident Masaryk hat seinerzeit gesagt: „Hochverrat ist Anachronismus.“ Herr Dr. Benesch hat seinerzeit heimlich die Grenzen überschritten, um im Auslande gegen den Staat zu wirken, dem er als Beamter den Eid geleistet hatte, weil er glaubte, dies im Interesse seines Volkes tun zu müssen. Auch Dr. Kramarsch und Dr. Raschin wurden seinerzeit des Hochverrats beschuldigt und ich habe immer bestritten und bestreite auch heute noch, daß es sich um Hochverrat gehandelt hat. Für uns gibt es keinen Hochverrat und wenn Dr. Baeran schuldig überwiegen werden sollte, darf er verurteilt sein, daß er bei uns auch nicht im mindesten an Achtung einbüßt hat. Er handelt sich hier nicht um die Verfolgung des direkten Hochverrates, sondern offenkundig darum, einen Tendenzprozeß ins Werk zu setzen, mit dessen

Hilfe den heutigen Machthabern die Möglichkeit geboten werden soll, sich eines unangenehmen Mannes zu entledigen. Den Ausführungen des Berichterstatters ist zu entnehmen, daß es sich im Falle Baeran nicht um Spionage handelt, sondern es kann sich allerfalls nur um Spionage zum Zweck des Hochverrats handeln. Berichterstatter Koubek hat im Immunitätsausschuss bereits die Frage aufgeworfen, ob Dr. Baeran lediglich aus idealen Motiven gehandelt hat, und hat seine Frage derart gestellt, daß der unbefangene Hörer sich sagen muß: Dr. Baeran hat sich wahrscheinlich zumindest aus von materiellen Gründen leiten lassen. Der Berichterstatter hat im Ausschusse den Namen Dr. Baeran nicht genannt, heute aber von dieser Stelle hat er das deutlich erörtert. Ich erkläre, wenn das gerichtliche Verfahren die Unhaltbarkeit dieser Behauptung oder Vermutung des Kollegen Koubek beweist, dann erwarte ich, daß er von dieser Stelle aus widerrufen, und um Verzeihung bittet. Wenn er dies nicht tut, dann werde ich persönlich von dieser Stelle aus, bei der ersten Gelegenheit ihn selbst als einen niederrätigen Verleumder bezeichnen.

Präsident Tomasek ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Dr. Schollich: Was gilt Ihnen denn keine Ehre! (Er wird vom Präsidenten gleichfalls zur Ordnung gerufen.)

Abg. Dr. Lodgman: Und ich hoffe, daß Herr Kollege Koubek dann persönlich mit mir die Sache austragen wird, ohne auf Ihre Däse zu reflektieren. Wer glaubt, daß es nicht die höchste Pflicht der deutschen Abgeordneten ist, Hochverrat zu verüben, der irrt. Wir scheuen uns gar nicht davon, Sie haben sich dafür in Oesterreich gefürchtet. (Diese Worte rufen bei den tschechischen Abgeordneten langanhaltenden Widerspruch hervor.) Der Kollege Baeran hat seine Auslieferung selbst beantragt. Er kann am besten beurteilen, zu welchem Ergebnisse dieses Verfahren führen wird und ob nicht der Tag kommt, an dem Sie, meine Herren der Koalition, es sehr bedauern werden, hier die Immunität aufgehoben zu haben. (Widerspruch bei den tschechischen Abgeordneten.) Ich aber und meine Parteifreunde können diekm Wunsche nicht folgen, nicht zum Schutze des tschechischen Parlamentarismus, an dem nichts zu schützen ist, auch nicht um Dr. Baeran dem Gerichte zu entziehen, aber aus dem Grund, weil wir hier, wenn wir unsere Stimmen gegen diesen Tendenzprozeß abgeben, für die von Ihnen geschändete Demokratie eintreten.

In seinem Schlussworte erklärte Abgeordneter Koubek, daß sich der Kampf der tschechischen Nation für die staatliche Selbständigkeit nicht mit dem Betragen einiger Angehöriger der deutschen Nation gegenüber dieser Republik vergleichen lasse. Was die rechtliche Angelegenheit der Affäre betrifft, sagt er, daß der Immunitätsausschuss nicht dazu einberufen war, um die Tätigkeit Dr. Baerans nach dem Strafgesetze zu qualifizieren. Soweit es um den Beweggrund Dr. Baerans geht, ist aus den Strafakten zu entnehmen, daß mit Geld und um Geld gearbeitet wurde.

Nach den Schlussworten des Abg. Koubek kommt es zu zahlreichen Zwischenrufen der deutschbürgerlichen Abgeordneten und erregten Auseinandersetzungen mit den tschechischen Abgeordneten. Abg. Dr. Schollich ruft: „Ist Dr. Raschin ein Ehrenmann?“ Abg. Dr. Lodgman: „Seine Waffe ist die Zunge!“ Abg. Schollich: „Herr Ministerpräsident, werfen Sie den Mann aus Ihrer Ministerliste heraus! Ein Mann, der keine Ehre im Verleide hat!“ Abg. Dr. Lodgman: „Mich darf er beleidigen! Zahlreiche Rufe auf deutscher Seite: Es ist ein Skandal. Abg. Wenzel hält einen kleinen Holzgalgen in die Höhe, den er während der Abstimmung an den Portieren der oberen Saalküre bei den deutschen Bänken befestigt. Dies wird von den Abgeordneten Simm und Ruzich mit Zwischenrufen begleitet, die in dem Lärm unverständlich klingen.

Der Antrag auf Auslieferung Dr. Baerans wurde mit den Stimmen der Mehrheitsparteien und der des Abgeordneten Baeran selbst angenommen.

Die ersten Versammlungen der V. S. D.

Von Felix Stößinger (Berlin).

Die letzten Versammlungen der U.S.P.D., über die ich hier vor dem Nürnbergger Einigungsprotokoll berichtet habe, bedeuteten einen Abschied von der selbständigen Form einer Kampfgemeinschaft, die in den schwersten Jahren der deutschen Geschichte Gut und Blut für die heilige Sache des Sozialismus in tausenden Fällen geopfert hat. Vielen ist dieser Abschied nicht leicht gefallen und noch heute stehen manche unserer leidenschaftlichsten Genossen unschlüssig draußen, voll des Zweifels: sollen sie in die große Partei einreten, oder sollen sie bei Seite stehen bleiben? Nicht leicht fällt vielen die Entscheidung. Mit der Politik, die gemacht werden soll, mit dem Geist und dem Inhalt des Aktionsprogramms wären sie schon einig, aber sollen sie Genossen werden von denen, mit denen man sich noch vor ein, zwei Jahren so bitter bekämpfte? Sollen sie sich ihnen unterordnen, sollen sie die Kandidaturen schließen, sollen sie sich mit dem Geist der Gegenpartei solidarisch erklären?

Schwere Kämpfe werden in den Seelen vieler ausgezeichneter Genossen ausgefochten. Zu dumpf lautet noch die Erinnerung an die Leiden der Bruderkämpfe auf ihnen, als daß sie sich mit heiterer Miene an den Festlich der Einigung setzen könnten. Und wer wollte über solche no-

gende Eccelegeweisel leicht hinweggehen? Leiden doch diese Genossen gerade deswegen so sehr, weil die ganze große Masse die Einigung mit überausender Einmütigkeit vollzogen hat, und weil gerade das unschlüssige Draußenbleiben, die Isolierung den Genossen so schwer fällt, die sich ihr Leben ohne Parteimitgliedschaft, ohne Teilnahme an allen großen und kleinen und kleinsten Parteiforgen nicht denken können.

Die ersten Versammlungen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei haben den unschlüssigen Grüblern und Zweiflern eine bemerkenswerte Antwort gegeben: die neue Partei ist wirklich eine neue Partei, und wenn man an die breiteren Fragen der Zeit rührt, dann spürt man ein wie scharfer Wind durch die neu zusammengeschlossene Massenpartei des deutschen Proletariats weht. Die Schreden, die der Sturz der Marx ins vielstellige Nichts überherborgehen hat, drücken sich in einer starken Erregung der Massen aus. Die Leiden der Arbeiter sind überall die gleichen. Die durch den Marxsturz geschaffene Entwertung des Reallohnes und die Not, die in deren Gefolge einhergeht, machen vor keinem Mitgliedsbuch Halt. Heute, wo Millionen Gewerkschaftler, Millionen politisch organisierter Arbeiter nur ein Mitgliedsbuch haben, zeigt sich auch eine Einmütigkeit wenigstens in negativer Beziehung: mag die Not noch so groß werden — vom Bolschewismus erhofft niemand mehr eine Rettung; der Traum, der e Wahn ist ausgeräumt.

Die Einmütigkeit der Arbeiterschaft beider Richtungen zeigte sich in den etwa sechzig Versammlungen, die zum erstenmale die Arbeiter bei-

der Richtungen vereinigen, in der Sehnsucht nach einer Befreiung mit dem wirklichen, neu und immer wieder neu erlebten Geiste des Sozialismus. Das war doch recht bemerkenswert. Denn die Schreie, die noch manche Genossen vor der neuen Partei haben, ist zum Teile nichts anderes, als die Angst vor dem Kleinbürgertum, das sich in der alten U.S.P.D. so stark bemerkbar machte.

Wie liegen denn da nun die Dinge? Da ich in Wort und Schrift in der U.S.P. kein Gehl heraus machte, kann ich ja nun als Mitglied der neuen vereinigten Partei erst recht offen reden: das gefährdete Kleinbürgertum ist wirklich da, aber es ist ein großer, großer Irrtum, dieses Kleinbürgertum nur in der alten U.S.P. und nicht auch in der U.S.P. zu bemerken. Dieses Kleinbürgertum — was ist es anderes als das deutsche Philistertum. Es mühte ja auch ganz sonderbar zugehen, wenn sich gerade die Arbeiterschaft von diesem Kleinbürgertum, Tangentum, Beamtengeist, Kasernengeist völlig freibehalten hätte. Nein, so etwas gibt es nicht. Das Mensch ist nun einmal das Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse und da ist es ganz natürlich, daß die Arbeiterschaft keinen von der herrschenden Klasse des Landes völlig verschiedenen Geist haben kann. Das ist in allen Ländern so. In Frankreich, England, Amerika, Rußland, Oesterreich.

Von dem deutschen Philistertum konnte sich die deutsche Arbeiterschaft schon deswegen nicht einfach emanzipieren, weil gerade eine unterdrückte Klasse doppelt in den Verhältnissen lebt, die diesen Geist erzeugen, und am wenigsten Gelegenheit hat, Einflüsse gegenteiliger Art zu empfangen. Die

Kleinstadt, die Bevormundung durch die Kleinbürgerliche Presse, die schreckliche deutsche Schule, die Kaserne, die Beamtenlaufbahn, der Verkehr mit tausend befehlshaberischen Behörden, die Enge des Landes — das alles machte den Deutschen zum Amerikaner, zum Philister, brach sein Rückgrat, demütigte durch Jahrhunderte seine Seele. Und das soll plötzlich vergehen, abgetan, überwunden sein?

Freilich, die Arbeiterschaft wird durch die Verhältnisse zur Aufklärung, zur Rebellion, zur Revolution, zum sozialistischen Klassenkampf getrieben. Verändert das nicht die geistige Struktur der Menschen?

Ja und nein. Es verändert den Menschen — und deswegen ist ja auch nur in der deutschen Arbeiterschaft ein neuer Geist, ein weithin zielender Wille vorhanden. Deswegen ist ja die Arbeiterschaft nach dem herrlichen Worte von Engels der Erbe der deutschen Philosophie, berufen, zu verwirklichen, was in der Philosophie nur Idee war.

Aber das deutsche Philistertum, das hat dennoch den Widerflug des deutschen Proletariats gehemmt und heute hemmt es ihn gerade noch so, als ob es nie eine Revolution gegeben hätte. Der russische Arbeiter ist ein mit der Fabrikshürge verkleideter Bauer, ist vom Allgefühl, der Demut, dem Christengeist dieses Bauers erfüllt. Der englische Arbeiter hat den großen politischen Verstand der englischen Bourgeoisie geerbt, die Großzügigkeit ihrer Propaganda, die noblen und überlegenen Manieren ihrer Taktik. Dazu kommt noch ein gewisser, vom Rußertum errührender religiöser Einschlag. Der französische Arbeiter ist der Erbe der Bastillenstürmer, der Tuillerieskämpfer, die

Hierauf rief Präsident Tomasek Dr. Ledgman wegen seiner Worte: „Wer glaubt, daß es nicht die höchste Pflicht der deutschen Abgeordneten ist, Bodnerat zu verüben, der irr.“ zur Ordnung.

Die Sitzung wurde fünf Minuten lang unterbrochen und in der von 5 Uhr 20 Minuten einberufenen formalen Sitzung wurde dem sozialpolitischen und Budgetausschuß der Regierungsvorlage des Gesetzes zugewiesen, laut welchem ein Ergänzungskredit zwecks Unterstützung der Arbeitslosen gewährt wird.

Die Sitzung schloß um halb 6 Uhr abends. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 7. November um 11 Uhr vormittags statt.

Inland.

Die aufgeblasenen Parteien des Parlamentarischen Verbandes haben in den gestrigen Nummern der sozialistischen Bourgeoisie, im „Prager Tagblatt“ und in der „Bohemia“, sich mit dem Widerstreit der beiden deutschbürgerlichen Lager in einer Weise beschäftigt, die an Widersprüche nichts zu wünschen übrig läßt. Diese Widersprüche und das Wesentliche dieser Auseinandersetzung der neuen Ära des deutschbürgerlichen „Kampfes“ werden noch Gegenstand unserer sehr ausführlichen Erörterung sein. Für heute sei nur die Unversöhnlichkeit festgesetzt, mit der diese beiden Blätter von sich, von den Herren Ledgman und Krepel und von den deutschbürgerlichen Parteien sprechen, als ob sie und nur sie die Geschicke des deutschen Volkes in diesem Staate zu beeinflussen, zu leiten und zu entscheiden hätten. Sowohl das „Prager Tagblatt“ als auch die „Bohemia“, deren Horst, kaum daß er „abgeblasen“ hatte, schon wieder mit einem „Trompetenschrei“ kommt, sprechen in einer schwer zu charakterisierenden Ungeblichkeit stets von dem „überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung“. Wen wollen denn diese Schreiber daran vergessen machen, daß die Hälfte der deutschen Bevölkerung im sozialdemokratischen Lager steht? Die arbeitende deutsche Bevölkerung dieses Staates läßt sich weder von Ledgman noch von Krepel „führen“, sondern wird den Gang der Dinge nach eigenem Willen sehr entscheidend mitbestimmen. Das sei — vorläufig — denen gesagt, denen man immer erst auf die Führerfragen treten muß, damit sie nicht vergessen, den weitestgehenden Mund auch zeitweise wenigstens wieder zu schließen.

Das „Pravo Lidu“ gegen die nationaldemokratische Vögronomie. Die tschechischen Nationaldemokraten halten ihre Zeit wieder für gekommen; als Vorwand zu ihren trüben Färbungen dient ihnen die Brünnener Spionageaffäre. Die Arrangements des Landestheaterraubes berufen Versammlungen ein, in denen sie sich für ein „nationales und starkes Regime“ begeistern und möchten dieses gar zu gerne damit beginnen, einige Deutsche wenigstens auf den Prager Gassen durchzuhaufen. Gegen diese geplanten Heldentaten wendet sich das „Pravo Lidu“ wie folgt: In der gestrigen Versammlung der nationaldemokratischen „Arbeiter“, welche durch eine Gesellschaft, die zu ihrem größten Teile von den Fabrikanten höchstens Türen und Rauchfänge gesehen hat, repräsentiert wurde, sprachen die „Arbeiter“ Viktor Dyl, Abg. J. Spáček, Rechnungsrat Titra, Professor Erba, Senator Mareš und Frau Wilkunnětka. Man sprach, wie man es schon von diesen Rednern zu hören gewohnt ist. Aber nur von den Kleinen war die Rede. Von den Mitgliedern und Führern der Nationaldemokratie, die mit der deutschen Bourgeoisie in den Verwaltungsräten der Banken sitzen, wurde überhaupt nicht gesprochen. Der Sekretär Kutschera erklärte, daß die gestrige Versammlung die „letzte Warnung“ sei und wenn die Regierung im Sinne der nationaldemokratischen Wünsche nicht Ordnung macht, würde das Volk selbst die Ordnung herstellen und auf die Gasse gehen. Das Volk aber als solches hat genau so wie die deutschnationalen Vögrer, auch die tschechischnationalen satt.

Verantwortung Babeufs, der heroischsten Bourgeoisie Europas.

Aber der deutsche Arbeiter — er hat wenig, er hat nichts geerbt, er fängt den politischen Kampf um die Macht mit leeren Taschen an, schämmer als das, er muß verlieren, um lernen zu können, er muß sich wandeln, um siegen, er muß sich überwinden, um die Bourgeoisie überwinden zu können.

Philistertum — nein, das war nicht in Pacht von der SPD genommen, wir hatten auch in der USV genug davon, und die Philister mit dem Sowjetstern auf der Regelbahn sind genau vom selben Stamme wie die Arbeiter, die der sinnlose Sprachgebrauch als „rechtsstehend“ bezeichnet.

Philistertum ist in allen Lagern vorhanden und vielleicht ist jener der größte Philister, der sich deswegen von den doch unentbehrlichen Kampfgenossen ausschließt. Und doch zeigt die Arbeiterschaft immer wieder, daß sie mit den Zielen wächst, wenn nur der richtige Geist in sie getragen wird. Seid selbst keine Philister, die ihr führen wollt und sollt, empfangt täglich von neuem den Pfingstgeist der edelsten Mission, die es heute auf Erden gibt, und ihr werdet euch nicht über laue Hörer und Menschen zu beklagen haben!

Freilich bedarf es da einer zum Teile großen inneren Umstellung aller sozialistischen Probleme gegenüber. Mit den alten Schlagworten kommt man nicht mehr aus, und wenn man nichts anderes kann, als mit demnützlich abgebrauchten Phrasen revolutionäre Gesinnung zu predigen, dann ist man selbst auch ein Philister

Wenn die nationaldemokratische „Arbeiter“ heute nichts Besseres zu tun weiß, als Begrüßungsvorbereiten, stellt sie sich ein schlechtes Zeugnis aus.“

Der Schulausschuß des Verbandes der deutschen Zeitungsverwalterkörper hielt am 25. Oktober d. J. unter dem Vorsitz des Abg. Cermak eine vom Volksgesundheits- und parlamentarischen Ausschuss gleichzeitig beschickte Sitzung ab, in welcher nach Erledigung einiger interner und den Währischen Schulausschuß betreffenden Angelegenheiten der Beschluß gefaßt wurde, daß der parlamentarische Schulausschuß in seiner Gesamtheit beim neuen Schulminister vorzusprechen habe, um ihm alle Wünsche der Deutschen im Schulwesen zu überbringen und Klarheit über die Stellungnahme der neuen Regierung in allen aktuellen, bisher zum Nachteil der Deutschen angewendeten Schulfragen zu erhalten. — Besondere Aufmerksamkeit wurde weiterhin dem wieder auftauchenden Plane der Umgestaltung der Landesräte und der Durchführung des „kleinen Schulgesetzes“ gewidmet. Besonders wurde Stellung genommen gegen die vom böhmischen Landesrat entgegen der ausdrücklichen Verordnung des Schulministeriums verweigerte Durchführung des Schulparagrafen (§ 7 Abs. 2). — Ferner wurde die in letzter Zeit überhand nehmende Zwangs- und strafweise Verweisung von Lehrpersonen aus politischen Gründen beraten. Auch die gegen die deutsche Amtssprache im Volksschulwesen verübenden Praktiken der Behörden wurden einer scharfen Kritik unterzogen. — Die Frage des tschechischen Sprachunterrichtes und die mit der Neuordnung dieses Unterrichtes in Wäheren verbundene Verschlechterung des bisherigen Zustandes wurde neuerlich in Beratung gezogen. Alle diese Fragen werden bei der Vorrede beim Schulminister den Gegenstand energischen Einschreitens bilden. — Das Ansuchen des Reichsverbandes der deutschen Bürgerkullehrer um Unterstützung der von ihm geschaffenen Volksschulkurse wurde dahin erledigt, daß alle deutschen Gemeinden und Ortschulräte ersucht werden, die Kurse durch Zuweisung von Spenden zu unterstützen. — Die Schaffung einer eigenen deutschen Schulkategorie des Schulausschusses wurde beschlossen. Die Erledigung des Kindererziehungsgesetzes wurde neuerlich betrieben. Eine eingehende Beratung über das Minderheitschulproblem und das „kleine Schulgesetz“ wird im Laufe des November vom Schulausschuß veranstaltet werden. — Dem deutschen Schulwesen in der Slowakei wird erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Zur Brünnener Spionageaffäre teilen die „Edvode Noviny“ mit, daß die bisher beim Brünnener Landesstrafgericht in Haft befindlichen Zivilpersonen, Dr. Boeran jun., Karl Schwabe, seine Mutter und dessen Braut, dem Prager Landesstrafgericht überstellt wurden.

Ausland.

Deutschlands höhere Schulen.

Der Oberprimar Stubenrauch, der den Nordplan gegen Rathenau ausgeheckt hat, entsuppt sich immer mehr als das Symbol von Deutschlands höheren Schulen. Halenkrenz und Rastenberg, Rastenzoll und Rastenzoll beherrschen den Unterricht und die Geschäftswelt von Lehrern und Schülern, nichts anderem sinnen die Menschen, die dort lehren und lernen, nach als den Mitteln und Wegen, wie sie die zusammengebrochene Macht der früheren Herrnklassen, ihre Macht, wieder aufzurichten vermöchten. Konnte man daran noch zweifeln, als der Generalstabschef Stubenrauch als Zeuge vor dem Leipziger Staatsgerichtshof stand und mit einer Annahmlichkeit, die sich nur mit Wilhelms Reichstolz vergleichen läßt, seine ebenso albernen wie verbrecherischen Meinungen vortrug, so ist durch die ihm

von links. Das, wonach die Massen dürsten, ist eine neue Gesinnung der Seele, ein starkes, großes Gefühl, das mitzuteilt, eine Erneuerung des Sozialismus, nicht aus der Theorie, sondern aus dem Herzen heraus, eine neue Prophezie der alten Wahrheit.

Solches wollen die Massen der neuen Partei, alle bestätigen mir, daß sie überall daselbe erlebt haben, und dieses Neue zu bringen, ist schon eine große Aufgabe, ebenso wichtig, wie einst die erste Verkündigung der Heilslehre durch Lassaile war.

Ich habe auch die Hoffnung, daß die Kräfte vorhanden sind, so zu sprechen, so zu wirken. Aber das können sie nur, wenn sie in die Partei gehn, und davon durchdrungen sind, daß es ihre Aufgabe ist, aus der neuen Verschmelzung aller Bestandteile ein neues Ganzes zu schaffen.

Die ersten Versammlungen der vereinigten sozialdemokratischen Partei bewiesen, daß nicht nur die Möglichkeit besteht, große Teile der Arbeiterschaft mit einem neuen Geiste zu erfüllen, sondern daß diese Massen selbst nach einer Erneuerung verlangen. Niemals war die Zeit, niemals war die deutsche Partei so reif für einen großen Prophezie des sozialistischen Idealismus und für einen Verkünder eines mächtig bewegenden Gefühlsozialismus wie heute. Wo sind die begnadeten Sprecher eines solchen Sozialismus, wo sind sie hin, Jaures und Eisner? Aber wenn die deutsche Gegenwart auch noch stumm und zugefroren ist, ihr Herz wartet auf einen Ruf der Verheißung, denn niemals ist noch so, wie jetzt in dem bangenden Deutschland, auf einen Helfer, Retter, Tröster, — auf einen politischen Führer gewartet worden.

von der Schule zuteil gewordene Behandlung jeder Zweifler ausgeschlossen. Lehrerkollegium, Direktion und Provinzschulkollegium haben sich in diesem Verfahren als Stubenrauchs Gönner und Beschützer erwiesen, sie taten in schreckenerregender Eintracht alles, um den Esel der staatsgefährlichen Nordpläne der Schule zu erhalten. Kultusminister Dr. Veitl mußte im preussischen Landtag zugeben, daß die Schule im Sommer, als Stubenrauch wegen Nordverdränges in Haft genommen wurde, nichts gegen ihn unternahm, daß der Direktor ihm im August, als er aus dem Untersuchungsfängnis entlassen wurde, den Weiterbesuch der Schule gestattetete, und daß der Lehrkörper jetzt, nach der Leipziger Verhandlung, Stubenrauchs Ausschluß abgelehnt und sich nur für seine stille Entfernung von der Anstalt ausgesprochen hat. Dieser Beschluß stellt den blutigsten Hohn auf alle Grundsätze der Jugendberziehung dar; die Mittelschule, die behauptet, vor allem zur Heranbildung des „Gemütes“ da zu sein, läßt einen blutdürstigen Mord auf die Mitschüler auch weiterhin verpöndeln einwirken. Renne man diesen Beschluß des Lehrerkollegiums ja nicht über angebrachte Humanität! Denn dieselben „humanen“ Leute sind gewohnt, Schüler wegen jedes moralisch harmlosen Vergehens gegen die Schuldisziplin auf die Straße zu werfen, und sie schonen den Stubenrauch nur, weil er dem verhassten Juden und Republikaner Rathenau ans Leben wollte. Es ist innigste Gesinnungsgemeinschaft mit dem Nordplan, die sie so provozierend wild gegen ihn vorgehen ließ; ihr Sympath hat die deutschen höheren Schulen als Zuchtanstalten des gewalttätigen Bürgerkrieges und einer Atmosphäre demasfieri, in welcher der politische Mord und jede Art reaktionärer Attentate gedeihen müssen!

Fechenbach im Zuchthaus!

München, 26. Oktober. (M.) Am Dienstag wurden die im Landesverwaltungsprozeß verurteilten Angeklagten Fechenbach, Dr. Gargas und Lembke zur Strafverbüßung nach Ebrach beziehungsweise Stroubing ins Zuchthaus gebracht. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu: Hinter den Opfern eines der schändlichsten Justimorde, die die Weltgeschichte kennt, haben sich die Tore des Zuchthaus geschlossen. Da es gegen das furchtbare Urteil keine Revision gibt und die gegenwärtige bayerische Regierung — wenn auch einzelne ihrer Mitglieder seine verhängnisvolle Tragweite erkennen sollten — bei der gegenwärtigen Lage der politischen Machtverhältnisse in Bayern auch nicht den Mut finden wird, den einzig offengebliebenen Weg der Begnadigung zu beschreiten, kann unmittelbar zur Rettung der Opfer und zur Wiederherstellung des gebeugten Rechts nichts Entscheidendes getan werden. Dennoch wäre nichts unwürdiger als schwächliche Resignation. Die Sozialdemokratische Partei hat in den Parlamenten und in der Presse den Kampf ums Recht aufgenommen, und sie rechnet in diesem Kampf auf die tatkräftige Hilfe aller rechtlich denkenden Menschen in Deutschland und in der ganzen Welt ohne Unterschied der Partei. Wenn die Welt erfährt, was im Fechenbach-Prozeß geschehen ist, wird eine Bewegung entstehen, die schließlich auch stark genug sein wird, die bayerischen Zuchthäuser zu zerbrechen.

Die trostlose Lage der Güterbeamten.

Die Durchführungsverordnung zu § 75 des Entschädigungsgesetzes vom 8. März 1920.

Das Bodenannt hat einen Entwurf ausgearbeitet, welcher nähere Vorschriften zum § 75 des Gesetzes vom 8. April 1920, Zl. 229 Sg. (Entschädigungsgesetz) im Sinne der Novelle vom 13. Juli 1922 enthält. Wir haben bereits in der Nummer vom 10. Oktober l. J. eingehend die sozialpolitischen Mängel der Novelle besprochen und müssen neuerdings konstatieren, daß auch diese Durchführungsverordnung den unsozialen Geist verrät, der im Bodenannt vorherrschend ist.

Der Entwurf schließt Ausländer vom Genuße einer Entschädigung aus. Diese Maßnahme ist schon deshalb eine brutale Entrechtung, da oftmals der Angestellte auf die Gestaltung oder die Wahl seines Dienstortes gar keinen Einfluß nehmen kann. Gerade in der Tschechoslowakei gibt es zahlreiche Großgrundbesitze, die sich in den Händen reichsdeutscher oder ungarischer Bodennagaten befinden und diese wüsten des öfteren zum Zwecke der Verwaltung oder Aufsicht Angestellte zur Dienstleistung auf ihre in der Tschechoslowakei befindlichen Güter. Diese land- und forstwirtschaftlichen Angestellten müssen sich willenslos der Anordnung beugen, wollen sie nicht ihrer Anstellung verlustig werden. Weil nun eine solche Verweisung mancherlei Nachteile und materielle Schäden mit sich bringt, sollen diese Angestellten, die durch die Bodenreform brotlos werden, durch den Entzug der Entschädigungssumme noch besondert bestraft werden. Es fragt sich nur, was die in Betracht kommenden Auslandsstaaten zu einer solchen Verfügung zu sagen haben werden, jedenfalls liegt die Gefahr von Repressalien auf der Hand.

Laut Punkt 3 des § 1 haben nur jene Angestellte Anspruch auf Entschädigung, die am Tage der Uebernahmeverbindung mindestens 2 Jahre früher auf dem beschlagnahmten Besitze in Diensten waren. Wenn demnach ein Beamter durch 20 Jahre auf einem anderen Posten Dienst verfaß und vor einem Großgrundbesitzer, der nun jetzt der Enteignung unterworfen wird, vor einem Jahre zum Diensttritt bezeugen wurde, kann dieser Angestellte mit mehr

als 20jähriger ununterbrochener Dienstzeit weder Anspruch auf Zuweisung von Grund und Boden erheben, noch wird diesem ein Heller Abfertigung gewährt. Die Aenderung dieses Passus muß unbedingt erfolgen, wenn nicht zahlreiche Fort- und Güterbeamte eine ungerechte und schwere Benachteiligung erleiden sollen.

Eine besondere Härte, die der Willkür weitesten Spielraum läßt, weist der § 9 auf. Er besagt, daß die Angestellten unbedingt verpflichtet sind, den Dienst oder die Arbeit anzunehmen, welche ihnen das Bodenannt oder die öffentliche Arbeitsvermittlungstelle vermittelt oder verschafft. Dieser Paragraph verkörpert ein nacktes Diktat, dessen Folgen vor allem die deutschen Angestellten zu verspüren bekommen werden. Es darf nicht verschwiegen werden, daß die in der Durchführung begriffene Bodenreform letzte Pfändern schafft, die eine genügende Anzahl tschechischer Kandidaten haben (siehe die Forderungen der Legionärskongresse). Wie diese Zuteilung oder Verteilung des enteigneten Bodens vor sich gehen wird, ist mit Rücksicht auf die Zusammenfügung des Bodenanntes unklar zu erraten. Einen Widerspruch gegen die angeordnete Verweisung gibt es ganz einfach nicht und so ist zu erwarten, daß sich in der Zeit der reiflosen Verwirklichung der Bodenreform die Klagen der deutschen Güterbeamten ins Ungemessene steigern werden.

Der Entwurf dieser Durchführungsverordnung hat nun auch endlich die vom Bodenannt bisher sorgsam behüteten Entschädigungssummen zutage gefördert. Diese Entschädigung entspricht ganz der Tendenz, die im Bodenannt in Bezug der sozialen Fürsorge für die forst- und landwirtschaftliche Arbeiterschaft obwalte. Das Bodenannt hält eine Abfertigung für ausreichend, die nachstehende Aufzählung wiedergibt: In der Gruppe 1 für das erste Jahr 3000 K., für jedes weitere Jahr 600 K.; in der Gruppe 2 für das erste Jahr 4000 K., für jedes weitere Jahr 800 K.; in der Gruppe 3 für das erste Jahr 5000 K., für jedes weitere Jahr 1000 K.; in der Gruppe 4 für das erste Jahr 6000 K., für jedes weitere Jahr 1200 K.; in der Gruppe 5 für das erste Jahr 7000 K., für jedes weitere Jahr 1400 K.; in der Gruppe 6 für das erste Jahr 8000 K., für jedes weitere Jahr 1600 K.; in der Gruppe 7 für das erste Jahr 10.000 K., für jedes weitere Jahr 2000 K. Die Abfertigung des Bodenannt, der das Haupt der Familie ist, erhöht sich um 20 Prozent — sorgt er als Vater für unverfugte Kinder — um weitere 5 Prozent für jedes unverfugte Kind.

Als besondere soziale Rücksicht muß die Verschiedenheit der Behandlung, welche die Beamten gegenüber den Angestellten erfahren, bezeichnet werden. Als Angestellte begehrt die Durchführungsverordnung diejenigen Personen, welche die Arbeiten anderer Personen regelmäßig besichtigen. Gerade jene Kategorien landwirtschaftlicher Personen, die den Aufendienst versehen, sind nach dem Wortlaut dieses Paragraphen als Angestellte zu betrachten. Dieser Aufendienst stellt an die Arbeitsfreudigkeit, vor allem an die Gesundheit jedes Einzelnen hohe Anforderungen und deshalb ist es nicht gut zu verstehen, warum diese Angestellten eine durch nichts begründete Verkürzung und Benachteiligung erfahren sollen. Die Abfertigung der Angestellten soll eine um 60 Prozent höhere als die der Arbeiter betragen. Einer solchen Auslegung können wir niemals zustimmen, denn sie bedeutet offenkundiges Unrecht tun. Die Gleichstellung aller Angestellten ist ein Gebot der Vernunft und sozialer Erkenntnis.

Der Antrag zum § 75 des Entschädigungsgesetzes gebietet auch der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft. Für die Arbeiter ist der Punkt 3 des § 1, der ein mindestens 20jähriges Dienstverhältnis auf dem enteigneten Besitze bei der Zuerkennung der Entschädigung vorschreibt, unannehmbar. Wenn der Vorschlag des Bodenanntes gesetzliche Anerkennung findet, verlieren viele tausende Arbeiter ihren wohlverdienten Anspruch auf Zuerkennung der recht bescheidenen Entschädigung. Der Punkt 3 des § 1 hat festzustellen, daß alle auf dem Großgrundbesitz tätigen Personen Anspruch auf Entschädigung haben, die am Tage der Uebernahme dortselbst tätig sind, und zwar ohne Rücksicht ihrer dort verbrachten Dienstzeit. Bei der Bewertung der Entschädigungssumme sind alle auf dem Großgrundbesitz verbrachten Dienstjahre in Anrechnung zu bringen.

Arbeiter erhalten als Entschädigung: Ledige bis 24 Jahre für das erste Dienstjahr der Mann 1000 K., die Frau 800 K., für jedes weitere Dienstjahr der Mann 100 K., die Frau 80 K.; Ledige über 24 Jahre im ersten Dienstjahr der Mann 1500 K., die Frau 1300 K., für jedes weitere Dienstjahr der Mann 120 K., die Frau 100 K.; Verheiratete, Witwer, Witwen für das erste Dienstjahr der Mann 2000 K., die Frau 1800 K., für jedes weitere Dienstjahr der Mann 160 K., die Frau 140 K. Für verheiratete Männer und Frauen erhöht sich die Abfertigung um 20 Prozent, für jedes Kind um 5 Prozent. Auch diese Abfertigungen müssen als vollkommen unzureichend bezeichnet werden, denn dieser Abfertigung geht eine planmäßige Vorkostlosmachung voraus. Die Abfertigung schützt wohl den landwirtschaftlichen Arbeiter einige wenige Wochen vor Hunger und Verelendung, aber die Zukunft mit dem Grauen der Arbeitslosigkeit bleibt trotz dieses Betrages einer Abfertigung für ihn bestehen.

Die Befreiung wird sich die Novellierung dieser Durchführungsverordnung angelegen sein lassen müssen, denn der Entwurf ist ein Produkt sozialer Engbergigkeit.

Tages-Neuigkeiten.

Wie für die Kriegsbeschädigten geforgt wird!

Das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Prag war wiederholt Gegenstand scharfer Kritik in der Öffentlichkeit. Nach wie vor müssen die bedauernswerten Kriegsbeschädigten oder ihre anspruchsberechtigten Angehörigen, die auf den Bezug ihrer Renten angewiesen sind, monatelang auf die Erledigung ihres Anspruches warten, wodurch sie in vielen Fällen der bittersten Not preisgegeben sind. Ihre dringenden Bitten um Beschleunigung des Verfahrens bleiben unberücksichtigt. Dieses Amt, dessen ausschließliche Aufgabe es sein sollte, die ärmsten Opfer des Krieges in der durch die Gesetze vorgegebenen Art vor der ärgsten Not zu schützen, sieht seinen Zweck in sprachenrechtlichen Erlassen und Kleinlichen nationalalistischen Chikanen, an denen auch das Ministerium für soziale Fürsorge selbst teil hat. Dieses Ministerium hat allen Bezirksämtern für Kriegsbeschädigtenfürsorge den Auftrag erteilt, mit allen autonomen Ämtern nur in der offiziellen Sprache, d. i. in der tschechoslowakischen zu korrespondieren. Selbstverständlich muß eine derartige Sprachenpraxis auch bei bestem Willen der deutschen Selbstverwaltungskörper eine Verzögerung der Erledigung von Rentenangelegenheiten zur Folge haben und ist direkt gegen das Interesse der Kriegsbeschädigten gerichtet. In einem anderen Falle hat das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge den Mitgliedern einer sozialistischen Kommission so lange das Honorar verweigert, bis aus der Rundstempelstempel dieser Kommission die deutsche Schrift, die sogar kleiner gehalten war, als die sie umgebende tschechische Aufschrift, herausgeschulten wurde. Kein Wunder, daß dieses Amt seine anderen Aufgaben nicht erfüllen kann.

Aus der Fülle von Beschwerden über die verschleppte Amtierung des Landesamtes für Kriegsbeschädigte in Prag seien als Beispiele folgende Fälle herausgegriffen:

Franz Straßler aus Rosenthal bei Braunau wurde durch Bescheid des Landesamtes für Kriegsbeschädigtenfürsorge vom 24. Februar 1921 eine Invalidenrente im Betrage von jährlich 640 K ab 1. Mai 1920, weiters ein 50prozentiger Feuerungszuschlag von monatlich 22.50 K und endlich ein 10prozentiger Zuschuß für jedes seiner drei unverforsorgten Kinder zugesprochen. Diese Rente kam aber bis zum heutigen Tage nicht zur Auszahlung. Der Geschädigte erhielt auf seine dringenden Urgenzen keine Antwort, auch sonstige Interventionen blieben ohne Erfolg.

Franziska John, Aullig-Krammel, Witwe nach dem am 31. Mai 1916 gestorbenen Waidmann Franz John, erhielt bis zum 31. März 1922 eine monatliche Rente im Betrage von 66 K. Bereits am 14. Jänner 1922 hatte sie vom Landesamte für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Prag eine Verständigung erhalten, daß sie den Nachweis zu erbringen hätte, wann ihr Mann in den Dienst der Gemeinde Krammel getreten sei. Dieser Nachweis wurde von ihr sofort erbracht, aber bis heute erhielt die Frau keine Rente ausgebezahlt. Auch hier blieben wiederholte Interventionen erfolglos, so daß sie sich in der größten Not befindet.

Alara Elja Krutenmeier, wiedererheblichte Wölder, Witwe nach dem in Pöschau heimatarbeitend gewesenen Anton Krutenmeier, bezog wohnhaft in Gellerau im Erzgebirge (Sach.), bezog bis zum Tage ihrer Wiedererheblung, d. i. bis zum 13. März 1921 die Witwenrente. Mit dem Tage der Wiedererheblung wurde ihr diese Rente ordnungsgemäß eingestellt. Dagegen wurde ihr die im § 16 des bezogenen Gesetzes vorgesehene Abfertigung im dreifachen Betrage der Jahresrente trotz wiederholten Eingaben an das tschechoslowakische Konsulat in Chemnitz, die unbeantwortet blieben, bis zum heutigen Tage nicht flüssig gemacht. Diese Angelegenheit ist somit schon durch ein ein und ein halbes Jahr verstreut worden. Auch die Waisenrente für den Sohn Anton Emil Krutenmeier, der ebenso wie seine Mutter krank ist, ist rückständig.

Leopoldine Stadtherr, Kriegserwitwe in Aullig, wartet auf die Zuzahlung ihrer Rente bereits über 1 Jahr, ohne bisher etwas zu erhalten.

Josef Michale in Böh.-Mählen, Voh Dräsu in Mähren, hat am 9. November 1921 einen Rekurs gegen die Aberkennung seiner Vorkriegsrente durch das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge überreicht. Dieser Rekurs liegt nun bereits ein Jahr im Prager Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge, ohne weitergeleitet worden zu sein. Der Beschwerdeführer befindet sich in der ärgsten Notlage. Trotz seiner wiederholten Urgenzen und sonstigen vorerwähnten Interventionen hat das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge sich noch nicht bemüht, diesen Rekurs an das Ministerium für soziale Fürsorge weiterzuleiten.

Aus diesen Beispielen, die aus zahllosen Fällen herausgegriffen sind, ist die Art der Tätigkeit des Landesamtes für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Prag ersichtlich. An der launischen Art der Erledigung ist vornehmlich die Zentrale Schuld. Es wäre aber dringend notwendig, die Bezirksämter entsprechend auszustatten, ihnen die erforderlichen Kräfte beizufügen, keinesfalls aber, wie dies beabsichtigt sein soll, einige Bezirksämter aufzulassen.

Diese skandalösen Tatsachen bilden den Inhalt einer Interpellation unserer Abgeordneten an den Minister für soziale Fürsorge.

Der Konflikt in der mittelböhmisches Metallindustrie beigelegt.

Prag, 27. Oktober. Die Verhandlungen über die Lohnherabsetzung in den Mitgliedsunternehmen des Verbandes der Arbeitgeber bei der Vereinigung der tschech. Metallindustrie in Prag, die am 12. d. M. begannen, endigten nach schließlichem Eingreifen der Zentralen beider Parteien in friedlichem Sinne. In den Verhandlungen, welche die ganze Nacht vom 26. auf den 27. Oktober d. J. dauerten, wurde in der Sitzung, die ununterbrochen mehr als 12 Stunden währte, eine grundsätzliche Einigung auf folgender Grundlage erzielt:

Beginnend mit der ersten Einschreibfrist nach dem 1. November 1922 schließt sich an die feinerzeit festgesetzte Regelung (Übereinkommen vom 26. Mai d. J.), eine Reduktion an, die weitere 15% beträgt, welche nach vier Wochen auszahltungen um 5% bei der gesamten Arbeiterkraft der Mitgliedsunternehmen des Verbandes der Arbeitgeber erhöht wird mit Ausnahme der Hüttenunternehmen, wo eine 7%ige Reduktion eintritt, so daß

der gefragt wird, ob er bereit ist, die Zustände im Landesamte für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Prag zu untersuchen und zu erheben, welche Organe an der schleppenden Amtsführung Schuld tragen; eine durchgreifende Neuorganisation dieses Amtes durchzuführen, die Organisation der Bezirksämter für Kriegsbeschädigtenfürsorge einer Revision zu unterziehen und dafür zu sorgen, daß sie mit der notwendigen Anzahl von Beamten besetzt sind und daß keine Restriktion der bestehenden Bezirksämter vorgenommen wird, schließlich anzuordnen, daß sich das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge nur mit der ihm durch das Gesetz aufgetragenen Agenda beschäftigt und daß alle sprachlichen Erlasse und Verfügungen, die die Erledigung der Ansprüche der Kriegsbeschädigten verzögern, unterbleiben.

Das Begräbnis des Genossen Kaumann. Donnerstag nachmittags fand von der evangelischen Kirche in Pilsen aus das Begräbnis des verstorbenen Genossen Kaumann, Mitgliedes der Pilsener Gemeindevertretung, statt. Die Teilnahme war eine ungemein zahlreiche. Für die Kreisorganisation Mies unserer Partei war Genosse Senator Starl erschienen. Die Gemeinde Pilsen war durch den Bürgermeister Genossen Bid sowie viele Mitglieder der Gemeindevertretung vertreten. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie war vertreten durch den Sekretär Gen. Dosa. Am Zuge sprach im Namen der Gemeindevertretung Bürgermeister Genosse Bid, der den Verstorbenen als einen guten Menschen feierte, der mit Herz und Seele dem arbeitenden Volk und dem Wohle der Gemeinde diente, der ein Mann von festem Charakter und Idealismus war. Die deutsche Sozialdemokratie hatte in ihm einen tätigen Vertreter. Auf dem Bahnhofs sprach vor der Abfahrt ins Krematorium für die deutsche sozialdemokratische Organisation in Pilsen Genosse Groh, der die Verdienste des Verstorbenen um die Arbeiterklasse und insbesondere die Sache des deutschen Proletariates feierte.

Ein Staatsbeamter als Anwalt des Unternehmertums. Besonders hart betroffen von der Wirtschaftskrise ist die Glasindustrie in allen Teilen der tschechoslowakischen Republik. Auch in einzelnen Bezirken des Böhmerwaldes, besonders in Schüttenhofen, Biskupstejn und Lattau leiden die Glasarbeiter bereits seit Monaten unter der schweren Krise. Trotz wiederholter Vorstellungen, Vorreden und Interventionen bei der politischen Bezirksverwaltungen haben die arbeitslosen Glasarbeiter bis heute noch keine staatliche Arbeitslosenunterstützung erhalten. Sie, noch mehr, es scheint Beamte zu geben, die nicht das Interesse der Allgemeinheit, ganz einseitig das Wohl der Unternehmer im Auge haben und es wahren. Ein beinahe unglaublicher Fall wird aus dem Bezirke Schüttenhofen berichtet. In der politischen Bezirksverwaltung darselbst sprachen vor einigen Tagen arbeitslose Glasarbeiter an Seemlesen vor, um die Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung zu erwirken. Der Beamte in der Kanzlei Nr. 42 jedoch erklärte den erstaunten Arbeitern, sie hätten keinen Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung; denn wenn sie arbeiten wollten, könnten sie in der Spiegelglasfabrik Beschäftigung, freilich mühen sie mit dem Lohne um 30 oder 35 Prozent heruntergehen. Der Zentralverband der Glasarbeiter (Sty. Tannwald) hat in einer Eingabe an das Ministerium für soziale Fürsorge die Verhältnisse in den Glasgebieten des Böhmerwaldes geschildert und schleunigst Abstellung der bestehenden Mängel gefordert. Das Ministerium wird wohl nicht unterlassen, die Beamten der politischen Bezirksverwaltung in Allgemein und jenen Herrn in Nr. 42 in Schüttenhofen zu befehlen, daß die tschechoslowakische Republik entöltsterreichert ist und daß ein Staatsbeamter vor allem im Dienste des Staates und nicht in solchen von Unternehmern steht.

Was die Militärbehörde "Verbrechen" nennt. Der Soldat Josef Jungbauer des Art. Reg. 255. 1. Batterie wurde am 17. August vom Regimentsgericht in Subweiss in zwei Monaten Gefängnis verurteilt und hat von diesen zwei Monaten die ersten sowie die letzten vierzehn Tage in Einzelhaft zu verbringen. Vor der Bestrafung

die Reduktion insgesamt 20% respektive 22% betragen wird.

Die Lohnregelung wird derart durchgeführt, daß die Familien- und Feuerungsbeiträge usw. herabgesetzt, eventuell abgeschafft und die Allordlöhne dementsprechend reduziert werden. Ueber die Regelung der Montagelagen wird besonders verhandelt werden. Ebenso wurden auch die Lohnbeiträge der Diener, Portiere und Nachtwächter sowie auch die Löhne der Chauffeure durchberaten. Für die Firma M. Arndt, Fabrik für Eisenwaren in Cenkau, wird ein besonderes Abkommen mit Rücksicht auf die abweichenden Produktions- und Lohnverhältnisse getroffen werden.

Das Abkommen über die Neuregelung wurde in der Plenarsitzung der Vertrauensmänner der Metallbetriebe, die heute abends stattfand, angenommen, und da sie auch die Arbeitgeber billigten, erscheint der Konflikt in der Mittelböhmisches Metallindustrie beigelegt.

wurden ihm sämtliche Gebühren strafweise für 30 Tage entzogen. Seine "Verbrechen" sollen darin bestanden haben, daß er erklärte, kein ordentlicher Soldat mehr sein zu können, nachdem ihm die Löhnung entzogen worden sei und ihm deshalb die Mittel fehlen, um sich Seife zu kaufen und sich waschen zu können. Der Entzug der Löhnung wurde feinerzeit in einem Zeitungsartikel der "Zukunft" kritisiert und es wurde dabei auch festgestellt, daß die Soldaten der Garnison Krummauer gezwungen wurden, von der Firma Stabler und Komp. eine Dose Fett um den Betrag von 4.60 Kronen zu kaufen, welcher Betrag ihnen sofort von der Löhnung in Abzug gebracht wurde. Qualitativ war das Fett so beschaffen, daß es die Soldaten nicht genießen wollten und Jungbauer, der von seinem Kameraden Ludwig Fischer einen Teil Fett geschenkt bekam, schleuderte dieses, weil ungenießbar, u Boden. Auch dies wurde Jungbauer zum Verbrechen angerechnet und bei der Strafbestimmung als erschwerend befunden. Das ganze macht, objektiv betrachtet, den Eindruck, daß man nach einem Opfer suchte um für die Zeitungskritik über die furchtbaren Zustände in der Krummauer Garnison ein abschreckendes Beispiel zu statuieren und damit weitere Artikel hintanzuhalten. Deshalb haben die Abg. Dietl, Joll, Uhl und Genossen an den Minister für nationale Verteidigung folgende Fragen gerichtet: 1. Ist der Herr Minister für nationale Verteidigung bereit, die unholbaren Zustände in der Krummauer Garnison, welche zu der schweren Bestrafung Jungbauers geführt haben, einer strengen Untersuchung zu unterziehen? 2. Ist der Herr Minister bereit, insbesondere zu unteruchen, aus welchen Gründen der Mannschaft mangelsweise vorgefahren wurde, Fett bei einem bestimmten privaten Lieferanten zu kaufen und warum der Kaufpreis von der Löhnung in Abzug gebracht wurde?

Unheimliches Schicksal. Eine grüne, vierzigjährige immer sehr viel darauf zugute tat, vor seinen Angehörigen als nobler Herr zu gelten, und der schon infolge seiner jahrelangen Tätigkeit als Gewerbegerichtsbeisitzer die gesetzlich niedergelegten Rechtsvorschriften genau kennen sollte, wurde beim Gewerbegericht in Teplitz am 4. August d. J. verurteilt, dem bei der Firma durch 27 Jahre beschäftigt gewesenen Weidmeyer E. R. den Betrag von 4134 Kronen als Kündigungsschuldigung laut Handlungsgeldbescheid auszus zahlen. Der Sachverhalt ist folgender: Der angestellte E. R. war bei der Firma M. Czernad Wäschereifabrik und Schlauchweberei in Teplitz-Šňouana, durch mehr als zehn Jahre als Weidmeyer für die Schlauchweberei tätig und bezog einen Monatsgehalt, der in wöchentlichen Raten von 318 K ausgezahlt wurde. Am 2. Mai 1922 ist er zum 30. Juni 1922 gekündigt worden. Von seiner Organisation, dem Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Teplitz-Šňouana, bezieht, nahm er diese Kündigung unter Berufung auf § 2 der Regierungsverordnung vom 28. Februar 1919, Slg. Nr. 108, nicht an, da er durch mehr als zehn Jahre bei der Firma angestellt war und, wenn auch nicht launmännliche, so doch höhere Dienste leistete, daher im Sinne der genannten Verordnung Anspruch auf eine dreimonatliche Kündigung zum Vierteljahresabschluss bezug, die dafür gebührende Gehaltszahlung erhob. Da die Kündigung aufrecht erhalten wurde, wurde durch die Abteilung Rechtschuss des Zentralverbandes der Angestellten die Kündigungsschuldigung für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1922 in der Höhe von 4134 K beim Gewerbegericht in Teplitz eingeklagt. Das Gewerbegericht entschied, daß die beklagte Firma im Sinne der Klage schuldig ist, den Betrag von 4134 K und die mit 71.50 K bestimmten Kosten binnen 14 Tagen bei sonstiger Exekution zu bezahlen. Die Firma Czernad hielt es für nötig, gegen dieses Urteil Berufung einzulegen. Herr Dr. Frank, ihr Rechtsbeistand und Sekretär des Industriellenverbandes, führte die bekannten "Argumente" der Unternehmer ins Treffen. In der Berufungsklage ist die Sache so dargestellt, als ob der Weidmeyer nichts anderes wäre als ein manueller Arbeiter. Ebenso glaubte Herr Dr. Frank mit dem Vergleich eines Ober- und Untermüllers imponieren zu können. In der Berufungsklage wird fortwährend betont, es handle sich nicht um einen Werkmeister, sondern um einen Weidmeyer, dessen Arbeiten, nach

der Berufungsklage zu schließen, jedes normale 14jährige Kind bewältigen könnte! Das Kreisgericht als Berufungsgericht hat aber in richtiger Erkenntnis der Sachlage und im Hinblick auf den Umstand, daß der Kläger E. R. die Fabrikation sogar dort eingeübt hatte, nach durchgeführter Verhandlung, für die dem Kollegen E. R. der Rechtsbeistand vom Zentralverband der Angestellten beigelegt worden war, entschieden, daß der Berufung keine Folge gegeben wird, das Urteil der ersten Instanz zur Gänze bestätigt und der beklagten Firma die Kosten des Berufungsverfahrens auferlegt. — Wie außerordentlich "nobel" die Ansichten des Herrn Czernad und seiner Vertreter bei Gericht sind, geht schon daraus hervor, daß gesagt wurde, der Kläger E. R. habe nicht einmal die Fähigkeit gehabt, eine qualifizierte Arbeit zu leisten! Das wagen diese Herren von einem Angestellten zu behaupten, den sie 27 Jahre lang ausgebildet haben — und alles nur deshalb, weil er der Angestellte durch seine Organisation gewagt hat, auf sein gesetzliches Recht zu bestehen.

Die nationale Zusammenfassung der tschechoslowakischen Armee. Der "Večerník" veröffentlicht auf Grund der nach den Rekrutierungsergebnissen festgestellten Daten die Schichtung der Armee nach Nationalität und dem Lebensberuf. Nach der Nationalität gibt es in der Armee assentiierte Tschechoslowaken 68.19 Prozent, Ruthenen 3.11 Prozent, Polen 0.02 Prozent, Rumänen 0.08 Prozent, Deutsche 21.36 Prozent und Magyaren 7.24 Prozent. Die staatsbildenden Völker sind mit 71.40 Prozent vertreten, die Deutschen und Magyaren mit zusammen 28.60 Prozent, also etwas mehr als ein Viertel. Nach der Beschäftigung waren von den Assentierten 6.2 Prozent Beamte und Studenten, ferner 1.7 Prozent Eisenbahner, 0.7 Prozent, 1.5 Prozent Monteur und Mechaniker, 3.2 Prozent Schuster und Riemen, 1.2 Prozent Schneider, 2.3 Prozent Schmiede und Kesselschmiede, 4.8 Prozent Schlosser und Maschinenbauer, 1.5 Prozent Metallarbeiter, 0.3 Prozent Maler und Lackierer, 2.4 Prozent Maurer und Steinmetze, 3.5 Prozent Vergarbeiter, 3.6 Prozent Wagner, 0.3 Prozent Köche und Zuckerbäcker, 2.1 Prozent Fleischer, 1.1 Prozent Bäcker und Müller und 1.8 Prozent anderer qualifizierter Handwerker. Fast drei Fünftel der Armee entspringen auf die Landwirte.

Ist das Korruption? Am 18. November 1920 wurde eine Verordnung des Gesamtministeriums (M. S. N. 609) herausgegeben, nach der Staatsbediensteten mit langer Dienstzeit die Vorrückung in den Unterbeamtenrang auch ohne Prüfung zugestanden wird. Von dieser Begünstigung machte eine kleine Anzahl Angestellter Gebrauch; doch schon nach kurzer Zeit wurde der Erlaß dahin veräußert, daß der Vorrückung die Prüfung der Sprachkenntnisse vorangehen müsse. Von dem Erlaß wollte nun auch der Diener der politischen Bezirksverwaltung F. S. in Neutittsch ein Gebrauch machen; er suchte daher bei der politischen Landesverwaltung in Brünn unter Berufung auf seine 33-jährige tadellose Dienstleistung, die er mit mehreren Zeugnissen früherer Bezirksbeamten belegte, um die Erlassung der Prüfung und Einreichung in den Unterbeamtenrang an. Bemerkenswert wurde in dem Gesuch auch, daß er nach dem Umsturz in tschechischer Sprache ohne Amtsdienst amtiert habe.

Da die Erledigung dieses Ansuchens längere Zeit auf sich warten ließ, ersuchte der Diener einen anderen Brünnner Abgeordneten, bei der politischen Landesverwaltung in Brünn zu intervenieren. Die Folge dieser Vorgesprache war, daß F. S. schon nach zwei Tagen seine Veretzung zur Bezirksverwaltung Trebitsch und der dortige Diener J. seine Veretzung nach Neutittsch in Händen hatte. Nun muß man bedenken, was für diese armen Angestellten eine solche Veretzung bedeutet. Eine Ueberstufung kostet ja heute einen enormen Betrag. Man kann daher verstehen, daß sich beide Bedienstete zur Wehr setzten. Sie sprachen wiederholt beim Personalreferenten der politischen Landesverwaltung in Brünn um ihre weitere Befassung am alten Dienstorte vor, jedoch ohne Erfolg. J. wandte sich hierauf an einen Senator in Trebitsch, welcher für ihn beim Referenten in Brünn vorschrieb, ebenso an den Abgeordneten Ch., der sich beim Minister Czerny für ihn einsetzte. Der Minister sagte jedoch, daß er nichts machen könne, da J. mit der Veretzung einverstanden sei, und daß seine beiden Töchter definitiv im Staatsdienste angestellt werden. Damit verhält es sich nämlich wie folgt: Eine Tochter des Dieners J. wurde nach kaum dreijähriger Dienstzeit zur Offiziantin bei der Bezirksverwaltung Neutittsch ernannt und der zweiten Tochter die sofortige Aufnahme in der Tabakfabrik in Neutittsch zugesagt, nur um den Widerstand ihres Vaters gegen die Veretzung nach Neutittsch zu brechen. Bei der Bezirksverwaltung Neutittsch sind mehrere junge Angestellte, die eine viel längere Dienstzeit aufzuweisen haben, als das junge Mädchen, ohne daß man an ihre Beförderung zu Offiziantinnen denkt. In der Tabakfabrik Neutittsch sind wegen der schlechten Geschäftslage Arbeiteraufnahmen schon längst stillgestellt. Wiederholt wurde von anspruchsberechtigten Arbeiterwitwen um Aufnahme angebracht, stets ohne Erfolg. Für das junge Protektionsskind wird aber sofort Platz geschaffen. — Was ist nun die Ursache der fortwährenden Veretzung dieser Veretzung? Die Bezirksverwaltung in Neutittsch scheint es sich in dem Kopf gesetzt zu haben alle Stellen mit Töchtern zu besetzen; dieses Ziel verfolgt sie mit allen Mitteln. Das Opfer ist in diesem Falle wieder ein dienstlicher Angestellter, der durch 33 1/2 Jahre seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt und nun knapp vor seiner Pensionsberechtigung wirtschaftlich ungeheuer geschädigt wird.

Sinken der Indeziffern. Das statistische Staatsamt veröffentlicht soeben die Indeziffern der Kleinhandelspreise im September 1922. Danach beträgt die Indeziffer der Gruppe I (die wichtigsten Lebensmittel, Brennmaterial, Petroleum und Seife) 1105 gegen 1200 im August. Die Ziffer für die Gruppe II (Stoffe, Schuhe, Hüte) 1409 gegenüber 1614 im August. Nach der Aufstellung des statistischen Staatsamtes blieben nur Zucker, Kohle, Holz und Petroleum im Preise unverändert. Von den Lebensmitteln und Getränken haben nur Eier und Bier eine nicht bedeutende Verbilligung erfahren, ansonsten fielen die Preise dieser Gruppe von 10 Prozent (bei der Milch) bis zu 49 Prozent (Kartoffeln). In der Gruppe II fielen die Preise zumeist bei den Schuhwaren um mehr als 20 Prozent, weniger die Preise der Textilwaren (um 10 Prozent), und der Hüte (um 11 Prozent). Im Durchschnitt für die ganze Republik sind die Preise der Gruppe I in der Mittel des Monats September um 14 Prozent, die Preise der Gruppe II nahezu um 13 Prozent niedriger als im vorhergehenden Monat.

Die Reichsvereinsung der Lehrer-Heimlehrer fand am 20. d. M. eine Abordnung in das Ministerpräsidentenbüro, das Finanzministerium und das Ministerium für soziale Fürsorge, um eine Denkschrift zu überreichen, die die Forderungen der Heimlehrer und Invaliden, wie doppelte Anrechnung der Kriegsjahre, Unfindbarkeit nach einjähriger zufriedenstellender Dienstleistung usw. enthielt. Die Abordnung erhielt die bindende Zusage, daß der ins Abgeordnetenhaus gelangende Gesetzentwurf seitens der Regierung unterstützt werden wird.

Einer, der für den anderen sitzt. Der Polizeinspektor Vayer stellte dieser Tage fest, daß auf dem Wajschrad der 31jährige Maschinenkloster Franz M a t e e k aus Holleschowitz angestellt sei, von dem er wußte, daß er zu einer zweimonatlichen Kerkerhaft wegen Raufes gestohlener Gegenstände verurteilt war. Als ein Detektiv die Angelegenheit untersuchte, erfuhr er, daß Matelek angeblich wirklich die Strafe beim Bezirksgerichte in Zizlow abbiß. Der Detektiv begab sich nach Zizlow und der unter dem Namen Matelek Inhaftierte mußte eingestehen, daß er der 31jährige Brauereigehilfe Franz Kollmann sei, der für Matelek bereits einmal zweieinhalb Monate gefesselt war. Kollmann erklärte, daß er für seine Vereinnahmung von Matelek 2000 K und eine Stelle versprochen erhielt. Darauf wurde Matelek verhaftet und dem Strafgerichte eingeliefert.

Propaganda für die Bordellwirte.

Seit einiger Zeit leisten sich tschechische und deutsche bürgerliche Tagesblätter, unter denen die auch sonst durch ihre Gesinnungslosigkeit berühmte „Montagszeitung“ sich besonders hervortut, eine wüste Hetze gegen das seit Juli in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die dadurch herbeigeführte Aufhebung der Bordelle und der polizeilichen Kontrolle der Prostitution. Dieses Gesetz, das einen unansehnlichen sozialen und sittlichen Fortschritt bedeutet, ist nach reichlicher Überlegung und Beratung in allen berufenen Körperschaften auf Grund der Gutachten bewährtester Fachmänner und der in anderen Staaten gesammelten Erfahrungen ausgearbeitet worden und es gehört schon eine tüchtige Portion Frechheit dazu, nach ein paar Monaten über das gänzliche Versagen und die schrecklichen Folgen einer Reform zu schreiben, deren Wirkungen sich natürlich erst nach Jahren erweisen können. Aber abgesehen davon arbeiten alle diese Schreiber nach dem Vorbild mit ganz falschen, teilweise erlogenen Argumenten. Es wird behauptet, daß die Prostitution zugenommen hat. Das mag sein, aber es ist nicht eine Folge des Gesetzes, sondern leider eine der erschütternden Wirkungen der Wirtschaftskrise, Arbeits- und Stiefellosigkeit, Not und Hunger treiben die bedauernswerten Opfer auf die Straße; wer könnte sich darüber wundern? Es wird aber auch weiter behauptet, daß die Geschlechtskrankheiten in den letzten Monaten zugenommen haben, und das ist eine grobe Unwahrheit, denn sowohl an der deutschen, als auch an der tschechischen Kaiser-Universitätsklinik für Geschlechtskrankheiten hat die Zahl der Fälle, von Tschyber, Schanker und Syphilis, seit 1920 und auch im letzten Vierteljahre dauernd abgenommen; dies wird aus einer statistischen Zusammenstellung klar hervorgehen, die demnächst zur Veröffentlichung gelangt. Die Propaganda für das Bordell arbeitet daher mit Lüge und Verdrehung, um ihr edles Ziel zu erreichen. Die Offenheit über die Nozede und Erlöse dieses Gesetzes irreführen. Cui bono? zu wessen Vorteile? So muß man sich angesichts dieser merkwürdigen Agitation wohl fragen? Die Bordellwirte haben sich schon vor längerer Zeit in einem Verein „Selbsthilfe“ organisiert; sie geben den Kampf um ihr Recht, die armen Klavinnen auszubenten, auch heute noch nicht auf; und auch das All-hospital vermißt nur ungern die fetten Beute, die es aus den Bordellen nach Hause schleppt. Es soll nicht behauptet werden, daß „Narodny Listy“ und „Mon-agesztung“ geradezu die Geschäfte dieses lichtsüchtigen Gefindels betreiben wollen; aber diese unlauteren Elemente verdienen es, sich hinter Mittelverfälschung zu stellen, gefälschte „wissenschaftliche“ Ziffern und Gutachten in die Welt zu schicken und dadurch die von sozialen Grundfragen unbeschwertes Journalisten ins Garn zu locken. Die sozialistischen Parteien werden aber im Bunde mit den ersten und echten Fachmännern dafür sorgen, daß die Angriffe auf dieses sozial, ärztlich und sittlich einwandfreie Gesetz, dessen lebensreiche Wirkungen sich zeigen werden, ein „Schlag ins Wasser“ bleibt.

Bilhon.

Von Emil Rath-Schönhofs.

Wenn mich arbeitschwere Füße heimgetragen haben und ich in der Dämmerung mit hartem Knöchel dreimal an die Tür poche, öffnet mir Frau Sorge. Ihre noch junge Gestalt steht in der Dämmerung grauem Licht leicht und doch schwer daher. Ihr Antlitz ist noch jung und trägt doch schon kleine Falten zwischen Auge und Schläfe, zwischen Mund und Wange. Sie lächelt, und hinter ihrem Lächeln liegt doch der Abglanz eines Leides, der auf Millionen lastet. Und Frau Sorge läßt mich fest auf Stirn und Mund und zieht mich hinein in den helleren Schein des Zimmers — und ich sehe, daß es gar nicht Frau Sorge ist: es ist meine Frau.

Und dann stehen wir am Bettchen unseres Kindes, das spielmüde in Schlaf verankert, und beugen uns Haupt an Haupt darüber. Und der Schatten von Frau Sorge fällt verschwommen und grau auf das bleiche Gesichtchen unter uns, und die kleine schmale Brust atmet schwer unter unsichtbarem Alb. Mein Herz pocht dumpf, und launlich ziehe ich Frau Sorge hinweg, damit die müden Lider sich nicht vorzeitig heben.

Frau Sorge, wie warst du noch jung vor wenigen Jahren, als wir gemeinsame Kraft und heißes Wollen in die Wägelche warfen zum Kampf gegen Alltagsnot. Wir fühlten uns beide als Sieger. Die Kraft unserer Arme schärft sich im streiten Ringen um Allernotwendigstes und Notwendiges. Und wenn sie einmal müde werden wollten — ein Blick von Auge zu Auge, ein leises Lachen von Mund zu Mund: Nicht müde werden! Wir zwingens schon!

Wir fühlten uns als Sieger und waren schon bezwungen. Irgendwo in der Seele nistete sich eine kleine Plage ein, unmerklich, und wuchs heimlich, nannte sich Not und vergiftete langsam Tag für Tag. Brot wollte bitter werden, Zucker Salz. Frau Sorge, du kämpfdest einen tapferen Kampf, Tag um Tag standest und stehst du auf dem Schlachtfelde der Jähren, auf dem Kampfplatz der Not. Und ich sehe beschämt deine Wunden. Es sind nur kleine Falten zwischen Auge und Schläfe, zwischen Mund und Wange, Wunden ohne Blut... ohne Blut? Sie haben uns Herzblut gelöst.

Darum ist unser Kind so blaß. Schon in deinem Schoße, Mutter, schlief es im Schatten der Sorge. Wenn er erwacht, wird auch sein Blick schon getrübt sein von ihrer Dämmerung. Wenn mich arbeitschwere Füße heimgetragen haben und ich im Abendrauschen mit hartem Knöchel dreimal an die Tür poche, öffnet mir Frau Sorge... Brüder, habt ihr nicht auch alle Frau Sorge daheim.

Telegramme.

Die Österreichische Sozialdemokratie gegen das Gen'er Protokoll.

Erklärung des Genossen Seih im Ausschuss des Nationalrates.

Wien, 27. Oktober. (Tsch. P. B.) Finanz- und Budgetausschuss. Im Laufe der Debatte über die Kreditermächtigung gab Abgeordneter Seih namens des sozialdemokratischen Verbandes eine Erklärung ab, worin die Gen'er Konvention unbedingt abgelehnt und eine Reihe von Forderungen und Bedenken bezüglich der wichtigsten Punkte des Reform- und Sanierungsprogrammes der Regierung ausgesprochen wurden. Die Erklärung betont, die Sozialdemokraten seien entschlossen, gegen jede Verfassungsänderung, gegen jede Änderung des Rechts des Volkes, durch seine Vertreter die Gesetzgebung auszuüben, der Regierung übertragen wird. Da ohne die Stimmen der Sozialdemokraten im Nationalrat das Volk um dieses Grundrecht nicht beraubt werden kann, so wird keine solche Verfassungsänderung möglich sein. Die Erklärung wendet sich gegen eine Vorlage auf Einführung einer Vermögenssteuer und Erhöhung und Neueinführung gewisser Verbrauchsabgaben, sowie insbesondere dagegen, daß beabsichtigte Erparungen im Heerwesen zum Gegenstand von Vereinbarungen mit den ausländischen Mächten gemacht werden sollen, wodurch die Freiheit, die selbst der Friedensvertrag von St. Germain Österreich noch gelassen hat, noch weiter beschränkt und damit die Sicherheit des Landes in Gefahr gebracht würde. Die Erklärung macht darauf aufmerksam, daß die Organisation der Bundesangestellten und der Bundesarbeiter fordern, daß die geltenden Bestimmungen über die Dienstverhältnisse und über den Abbau nur auf Grund von Vereinbarungen der Regierung mit den Organisationen abgeändert werden, und beschließen haben, sich gegen jeden Versuch eines einseitigen Diktates der Regierung mit allen gewerkschaftlichen Kampfsmitteln zur Wehr zu setzen. Die Erklärung fordert weiters die Aufnahme von positiven Maßnahmen zur Eindämmung der drohenden Industriekrise und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in das Sanierungsprogramm und erklärt schließlich, daß sich die Sozialdemokraten, falls die Regierung, ohne ihren Einwendungen Rechnung zu tragen, eine tatsächliche Bindung gegenüber den Delegierten des Völkerrates eingehe, der Zwangslage, in die das Parlament auf diese Weise gebracht werden soll, nicht unterworfen werden.

Die Faschisten erzwingen den Rücktritt der Regierung.

Rom, 26. Oktober (Wolff). Das Kabinett Facta ist zurückgezogen unter der Drohung der Faschisten, die die allgemeine Mobilisierung sämtlicher faschistischer Organisationen in Italien durch Dekret angeordnet haben. Man sieht hier die Lage ziemlich optimistisch an und erwartet die Bildung eines Ministeriums durch Orlando oder Giolitti.

Paris, 27. Oktober (Habas). Der Generalsekretär der Faschisten Gi a n c h i erklärte, der einzige Ausweg aus der Situation sei die Bildung eines Ministeriums mit Mussolini an der Spitze.

Ein Ministerium Giolitti.

Rom, 27. Oktober. (Habas.) Der gestern abend plötzlich einberufene Ministerrat beschloß, wie bereits gemeldet wurde, zu demissionieren. Der Rücktritt wird Freitag früh offiziell verkündet werden. Der Ministerrat wurde auf Grund eines von Orlando an den Ministerpräsidenten Facta gesandten Telegramms einberufen, in welchem Orlando mitteilt, daß zwischen den Faschisten, Giolitti und ihm eine Vereinbarung bezüglich der Teilnahme der Faschisten an der Regierung erzielt wurde. Giolitti werde das Ministerpräsidentenamt und das Ministerium des Innern und Orlando das Ministerium des Reichens übernehmen. Die Faschisten würden zwei Portefeuilles, wahrscheinlich das Arbeits- und das Ministerium für öffentliche Arbeiten erhalten. Militärische Fachmänner würden das Kriegs- und das Marineportefeuille erhalten.

Bonar Law über den Osten und die Reparationen.

London, 27. Oktober. (N.R.) Premierminister Bonar Law sprach gestern abend in Glasgow. Er sagte u. a.: Großbritannien muß sich an der Konferenz über den Nahen Osten beteiligen und nicht nur den Griechen, sondern auch, als größte mohammedanische Großmacht, den Türken gegenüber eine gerechte und unparteiische Haltung einnehmen. Die Reparationsfrage sei sehr schwierig. Er erinnerte an die von Frankreich gebrachten großen Opfer und an die Notwendigkeit, daß das englische Volk sich zu seinem Bundesgenossen ehrenhaft und gerecht verhalte. Die Situation Deutschlands sei jedoch gegenüber den französischen Forderungen sehr mißlich. Auch England habe seine Forderungen. Frankreich könne zwar auf seine verwüsteten Gebiete hinweisen, England jedoch auf seine gerührte Industrie und seine Arbeitslosen. Verständigerweise könne man von Deutschland alles verlangen, was es geben könne. Das britische Volk und die britische Regierung müssen sich mit dem französischen Volke und der französischen Regierung einigen, da hievon nicht nur das künftige Wohl Europas, sondern auch der ganzen Welt abhängt. Nichts dürfe geschehen, was eine gemeinsame Aktion vereitelt. Eine große Aufgabe gehöre hier dem Völkerverbande. Das Ergebnis des Krieges dürfe nicht bloß ein Frieden für die Gegenwart, sondern es müsse ein Frieden für die Zukunft sein. Diesen Frieden zu verwirklichen, liege in der Hand des Völkerverbandes. Es sei ein großes Unglück, daß sich die Vereinigten Staaten dem Völkerverbande nicht angeschlossen haben. Der Premierminister hegt jedoch die Hoffnung, daß dies mit der Zeit geschehen werde. Zum Schluß lehnte Bonar Law die Bezeichnung italienischer Mächtig ab, daß die britische Regierung aus den Dardanellen und Konstantinopel ein zweites Gibraltar machen wolle. „Wir werden die größte Freude haben, wenn wir unsere Truppen aus der Nachbarschaft der Meerengen zurückziehen können.“

Eine irische Gegenregierung.

London, 27. Oktober. (Tsch. P. B.) Wie die Mächtig aus Dublin melden, hat die irische republikanische Partei eine neue Regierung gebildet. Präsident der Republik ist de Valera. In der irischen Regierung befinden sich Barton, welcher das englisch-irische Abkommen unterfertigt hat, und die Witwe nach dem Lordmajor von Cort, Frau Swench.

Bulgariens Sozialisten in der Zweiten Internationale.

Sofia, 27. Oktober. (N.R.) Der Kongress der bulgarischen Sozialisten in Sofia beschloß den Anschluß an die 2. Internationale.

Erparungs- und Steuermaßnahmen in Frankreich.

Paris, 26. Oktober. (Tsch. P. B.) In der Generalkonferenz über das Budget für 1923 sprach der Finanzminister de La S a h r i e u. a. über die Staatsangestelltenfrage und stellte fest, daß am 1. Oktober 36.000 Staatsangestellte entlassen wurden. Das Parlament hat der Entlassung von 50.000 Angestellten zugestimmt. Vor Ende dieses Jahres werde dem Willen des Parlamentes Rechnung getragen werden. Das Militärbudget Frankreichs sei in einer Weise herabgesetzt worden, wie kein anderes Land es sich gestattet habe. Nicht durch Spararbeit werde man das Land aus der Lage befreien, in die es geraten sei, man müsse Steuern haben. Er sei der Ansicht, daß man im Rahmen der bestehenden Steuern die drei oder vier Milliarden finden könne, die man zur Deckung des Defizits brauche. Die Einkommensteuer und überhaupt die direkten Steuern ergeben in Frankreich nicht das, was sie in anderen Ländern einbringen. Nach seiner Ansicht müsse der von der Landwirtschaft erzielte Nutzen mehr Steuern einbringen. (Also selbst das kapitalistisch-agrarische Frankreich wagt sich an die Hinaussetzung der direkten und der landwirtschaftlichen Steuern. Nur bei uns sind sie ein Nährmichigan. D. Red.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das wahre Gesicht der Chemischen Industriellen.

Wie die anderen Unternehmer, verlangten auch die Industriellen der chemischen Industrie einen gewaltigen Lohnabbau. Als die zu diesem Zwecke eingeleiteten Verhandlungen zu keinem Ergebnisse führten, wurde einfach ab Oktober ein 20prozentiger Gesamtlohnabbau ohne Rücksicht auf die noch geltenden Vertragsbestimmungen diktiert.

Durch Vermittlung des Ministeriums für soziale Fürsorge fand am 10. Oktober bei der politischen Bezirksbehörde in Auftrag unter dem Vorsitz des Vertreters des Ministeriums eine Verhandlung statt, bei welcher besonders von den Arbeitervertretern das Verlangen gestellt wurde, für die Kurzarbeiter im Refundierungswege die Arbeitslosenunterstützung im geschätzten Ausmaße zuzuerkennen, um wenigstens dadurch die Lebenssituation der durch den Lohnabbau Bedrohten zu mildern. Dies um so mehr, als in der chemischen Industrie der größte Teil verkürzt arbeitet und auch in allen übrigen Hauptindustriesteigen diese Unterstützung schon längere Zeit bezahlt wird. Nach längeren Beratungen erklärten sich die Vertreter der Unternehmer im Prinzip bereit, der Unterstützung im Refundierungswege für Kurzarbeiter zuzustimmen, und auf ihre Mitgliedsfirmen zur Annahme einzuwirken, unter der Bedingung, daß der Staat 95 Prozent zuschießt und diese Gelder zeitgerecht anweist. Weiters wurde vereinbart, daß eine gemeinsame Vorschau am 13. Oktober bei den maßgebenden Stellen im Ministerium für soziale Fürsorge über die Modalitäten und der Höhe der Unterstützung stattfinden.

Diese Aussprache im Ministerium fand tatsächlich am 13. Oktober in Prag statt und die Vertreter der in Betracht kommenden Ministerien verlangten die schriftliche Eingabe bzw. Antragstellung seitens der Unternehmerorganisation, damit diese Anträge, weil über das geschätzte Ausmaß hinausgehend, dem Ministerrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden können. Wie uns mitgeteilt wurde, hat bei diesem Anlaß der Vertreter der Arbeiterorganisation den Industriellen den Vorschlag gemacht, unter Beiziehung eines Abgeordneten und eventueller Beteiligung eines Vertreters der Industriellen die schriftliche Angabe persönlich bei den in Betracht kommenden amtlichen Stellen zu überreichen und einzuwirken, daß möglichst die angesprochene Höhe der Staatszuschüsse bewilligt wird. Damit erklärten sich auch die Unternehmervertreter einverstanden.

Als drei Tage später seitens der Arbeiterorganisation die Fertigung der Eingabe verlangt wurde, wurde vom Unternehmenssekretär mitgeteilt, daß die Unternehmer-Exekutive die Eingabe vor der Fertigung erst der am 20. Oktober stattfindenden Volksversammlung zur Beschlußfassung vorlegen müsse. Nach mehrmaliger Uebersetzung nach dieser Volksversammlung wurde dem Verband der chemischen Arbeiter durch die Unternehmerorganisation am 23. Oktober mitgeteilt, daß die Volksversammlung der Unternehmer die Refundierung der Arbeitslosenunterstützung aus finanziellen Gründen abgelehnt habe. In der Begründung führen diese wortreichen Herren an, daß die Unterstützung hauptsächlich Aufgabe des Staates und der Arbeiterorganisationen sei. Ja, sie besähen noch die Frechheit, in diesem Schreiben darauf hinzuweisen, daß es schon seit Jahren in den einzelnen Industriegruppen Kurzarbeiter gibt und Zeit genug war, um die Unterstützung der Kurzarbeiter im gesetzlichen Wege zu regeln. Dabei verweisen sie auf das Gesetz vom 19. Juli 1921 betreffend Unterstützung der Arbeitslosen (Gen'er System). Diesen Unternehmern ist es bekannt, daß die Gewerkschaften das Gesetz in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit für undurchführbar halten, weil die Arbeiterschaft jetzt nicht in der Lage ist, die Lasten eines solchen Unterstützungssystems auszubringen. Man sieht daraus, daß die Unternehmer nicht nur rücksichtslos diktatorisch ganz gewaltige Lohnfürungen vornehmen, sondern auch die Ausbringung der ganzen Mittel der Unterstützung der Arbeitslosen diesen selbst aufzwingen wollen, damit ihr Profit ja nicht in irgend einer Weise geschmälert wird. Durch diese Tat haben sich die chemischen Industriellen als die reaktionärsten Scharfmacher gezeigt. Während des Krieges die größten Verdienner, sind sie heute die einzigen der wichtigsten Industriezweigen, die ihren armen, ausgemergelten Arbeiterflaven auch noch die staatlichen Arbeitszuschüsse unmöglich machen. Es liegt für uns die Vermutung sehr nahe, daß sie hierdurch die in ihren Fabriken beschäftigte Arbeiterschaft müde machen und zwingen wollen, bei noch niedrigeren Löhnen zu arbeiten.

Dieses brutale Vorgehen der Unternehmer wird sich die Arbeiterschaft gut merken. Aufgabe der Arbeiterklasse wird es aber auch jetzt sein, auf die Machthaber in diesem Staate einzuwirken, daß die gesetzliche Regelung der Arbeitslosen- und Altersfürsorge auf Kosten der besagenden Klassen schleunigst geregelt wird.

Zur Schaffung von Einfuhrbeschränkungen für Grenzbevölkerung haben die Abgeordnete Falme und Genossen an den Finanzminister eine Interpellation gerichtet, in der es heißt: Der wirtschaftliche Zusammenhang der Tschechoslowakei mit dem Deutschen Reiche war schon in normalen Zeiten ein solcher, daß tausende

Arbeiter besonders in den Grenzgebieten des Erzgebirges, infolge des Mangels an einheimischer Industrie als sogenannte „Zachengänger“ im Nachbarlande ihre Arbeit und ihr Brot suchen müßten. Die derzeitige Wirtschaftskrise hat die Situation sehr verschärft und die Anzahl der Arbeiter, welche sich im Ausland ihre Arbeit suchen müssen, um tausende vermehrt. Diese müssen mit ihren Familien im Inlande weiter verbleiben und erhalten ihren Lohn in Mark ausbezahlt, so daß sie außerstande sind, für sich und die Ihren Kleidungsstücke, Leibwäsche und Schuhe zu kaufen. Aus dem Auslande dürfen sie diese Artikel nicht einführen, so daß die Not in ihren Familien sich zur Unentgeltlichkeit steigert oder dieselben zwingt, im Wege des Schmuggels diese Sachen über die Grenze zu schaffen. Diese unbilligen Verhältnisse sind auch den deutschen Behörden bekannt und hat das Landesfinanzamt in Leipzig am 9. August 1922 beschloß, den Bewohnern des tschechoslowakischen Grenzbezirkes, die ständig im deutschen Grenzgebiet arbeiten und ihren Lohn in deutscher Währung erhalten, außer der bereits zugelassenen Erleichterung der Ausfuhr von Lebensmitteln, bis auf weiteres noch die Ausfuhr von Kleidungsstücken, Leibwäsche und Schuhen für ihren eigenen oder den Bedarf ihrer unterhaltsberechtigten und ihren Haushalt teilenden Angehörigen zuzugestehen. Diese Verfügung des Finanzamtes in Leipzig hat nur dann einen Zweck, wenn durch eine Verordnung des Finanzministeriums in Prag diese Erzeugnisse zollfrei eingeführt werden dürfen, damit sie der Arbeiter zu einem erschwinglichen Preis anschaffen kann. Es ist darum eine Verordnung notwendig, in welcher die Finanzlandesdirektion angewiesen wird, die Grenzollämter zu verständigen, daß dies deklarierte Ware zollfrei zu behandeln ist.

Die Industriekrise in Pilsen. Eine Ueberflut der jüngerer wirtschaftlichen Krise im Pilsener Gebiete gibt die „Wirtschaft“. Vor allem hat die Bauindustrie fast jede Exportmöglichkeit verloren. Oesterreich und Deutschland, die früheren Hauptabnehmer, kommen überhaupt nicht mehr in Betracht. Auch der Absatz im Inlande ist zurückgegangen. Das bürgerliche Brauhaus, das vor dem Kriege etwa eine Million Hektoliter ausstieß, produzierte im vorigen Jahr nur 650.000 Hektoliter, im heurigen Jahr dürfte die Hälfte dieser Menge erreicht werden. Nicht minder ungünstig ist die Lage der Metallindustrie. Die Stabwerke, die vor dem Umsturz 40.000 Arbeiter beschäftigten, haben bisher etwa 30.000 Arbeiter entlassen. Der Rest ist höchst unzureichend beschäftigt. Die französische Gruppe, welche an den Stabwerken beteiligt ist, hat angeblich große Verluste, diesen Anteil wieder loszuwerden. Ebenso liegen die Lederindustrie und der Koblensbergbau darnieder. Eine Ausnahme machen nur die Kaolingruben in der Umgebung von Pilsen, wo feuerfeste Steine hergestellt werden, die von Deutschland und Frankreich in großen Mengen bezogen werden.

Der Konsumverein Teplitz-Schönau hält am 5. November seine ordentliche Generalversammlung in Turn bei Teplitz ab. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. die Verlesung des Revisionsberichtes, die Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates, die Verschmelzung mit der Einkaufsgenossenschaft in Ofegg und Neuwahlen. Der an die Generalversammlung erstattete Bericht des Vorstandes behandelt in knapper, aber ungemein treffender Weise die krisenhafte Lage der Weltwirtschaft, die Auflösung des staatlichen Ernährungsdienstes — am 30. Juli 1922 verschwand der letzte Rest der öffentlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel — und schildert sodann ausführlich die Lage am Weltmarkt. Der Warenumsatz hat eine kleine Aufwärtsbewegung genommen; er betrug 31.565.897 Kronen 48 Heller gegenüber 31.193.457 Kronen 22 Heller im Vorjahre. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied betrug 4090 Kronen gegenüber 3618 Kronen im vorangegangenen Berichtsjahre. Wenn man berücksichtigt, daß die Waren vielfach im Preise gefallen sind, dann kann man mit der kleinen Umsatzerhöhung zufrieden sein. Verkaufsstellen besitzt der Verein 37. Der gesamte Bruttoertrag beläuft sich auf 4.013.730 Kronen 58 Heller, die Betriebsausgaben betragen 12,71 Prozent des Umsatzes, der Verein beschäftigt 165 Personen. Interessant ist auch der die Rührigkeit des Teplitzer Konsumvereines beweisende Wareneinkauf im November 1921. Der Vorstand veranlaßte nämlich, daß die Mitglieder aus jeder Verkaufsstelle einen Wareneinkauf durchführten, der sich über 20 Artikel erstreckte. Das Resultat dieser Aktion war ein verblüffendes. Die Mitglieder bekamen hierbei Gelegenheit, zunächst die Qualität der Ware der Kaufleute, die in der Regel minderwertiger war als die des Konsumvereines, zu sehen. Außerdem waren die Preise restlos höher als die der Genossenschaft. Der Vorstand hat das Ergebnis der Aktion durch Flugblätter verbreitet und der Arbeiterkassette den Wert der genossenschaftlichen Selbsthilfe so deutlich vor Augen geführt.

Ein Gesetz gegen die Stilllegung von Betrieben in Deutschland. Das deutsche Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium legen einem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates den gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes über den Abbruch und die Stilllegung gewerblicher Betriebe und über die Streckung der Arbeit für einzelne Teile des Reichsgebietes oder für bestimmte Berufszweige an, wenn die Lage am Arbeitsmarkt es erfordert.

Deutschland vom August bis Oktober 1.725.000 Tonnen Kohle zu liefern habe, und zwar 620.000 Tonnen Koks, 100.000 Tonnen Steinkohle, 125.000 Tonnen oberflächige Kohle, den Rest in Steinkohle. Ferner wurden Deutschland als Leistung 20 Prozent von dem Ueberflus angesetzt, der über eine monatliche Forderung von 8,3 Millionen Tonnen hinausgehen wird. Abgesehen davon, daß Deutschland die oberschlesische Kohle nicht liefern kann, weil es das wichtigste Kohlengebiet in Oberschlesien verloren hat, widersprechen nach deutscher Auffassung die Forderungen dem Friedensvertrag und den übrigen Kohlenlieferungsverträgen, die mit der Entente geschlossen worden sind. Die deutsche Regierung ist nur unter äußerster Anstrengung und unter empfindlichen Schädigungen für die Industrie in der Lage gewesen, 1,6 Millionen Tonnen monatlich abzuführen. Trotzdem haben die Alliierten in ihrer Note Mitte Oktober die Einhaltung des diskutierten Programms verlangt. Wenn Deutschland dieses Programm erfüllen sollte, so müßten mehr als 200.000 Tonnen über die bisherige Leistung hinaus geliefert werden. Die deutsche Regierung hält nun diese Forderungen für unerfüllbar, zumal Deutschland schon jetzt gezwungen ist, große Mengen englischer Kohlen einzuführen, um seine Wirtschaft vor dem Erliegen zu bewahren. Allein die Reichseisenbahn hat bis zum 31. August etwa zwei Millionen Tonnen englischer Kohle bezogen. In Frankreich dagegen hat sich die Kohlenlage so gelockert, daß es mit Hilfe der deutschen Kohlenlieferungen zu einem Kohlenausfuhrland geworden ist, so daß die deutschen Kohlenlieferungen jeden ökonomischen Sinn verlieren.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Ein- und Ausfuhr der Vereinigten Staaten ist im Kriege und in der Nachkriegszeit gewaltig gestiegen, hat ihren Höhepunkt im Jahre 1920 erreicht, um seitdem wieder beträchtlich zu sinken. Im Jahre 1914 wurden in die Vereinigten Staaten eingeführt Waren im Werte von 1894 Millionen Dollars, 1920 jedoch für 5238 Millionen und 1922 (in Amerika endet das Fiskaljahr am 30. Juni), von nur 2608 Millionen Dollars. Ausgeführt wurden 1914 2365 Millionen, 1920 8109 Millionen, 1922 3771 Millionen Dollar. Der Wert der Ein- und Ausfuhr von und nach Europa ist dabei in ständigen Sinken, der Wert der Ein- und Ausfuhr von und nach Nord- und Mittelamerika, Asien und Ozeanien und sogar Afrika ist jedoch im Steigen. Der Wert der deutschen Einfuhr nach Amerika ist von 10 auf 3,7 Prozent gesunken, der Wert der Ausfuhr nach Deutschland von 14,6 auf 9,3 Prozent, wenn man 1914 mit 1922 vergleicht. Der Ausfuhrüberschuss der Vereinigten Staaten hat im Jahre 1914 471 Millionen Dollar betragen, 1919 fast das Dreifache: 4136 Millionen und ist 1922 auf ein Viertel: 1163 Millionen gesunken. In diesen Zahlen prägt sich sowohl der ökonomische Aufschwung Amerikas während des Krieges als auch der Niedergang infolge der Weltwirtschaftskrise aus.

Devienerurse.

Die tschechische Krone notiert in:

München	Schw. Krant	617,20
Berlin	Mark	128,00
Wien	Österr. Kr.	2325,-

Prager Kurie.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1237,00	1241,00
100 Mar.	674,50	674,50
100 schweiz. Frank. . .	572,40	575,50
10 Lire	122,25	123,75
100 franz. Frank. . .	217,75	219,25
1 Pfund Sterling . . .	141,50	143,00
1 Dollar	31,75,00	32,15,00
100 belg. Frank. . . .	201,50	203,50
100 Dinar	51,00	51,50
100 österr. Kronen . .	0,0335,00	0,0415,00
100 poln. Mar.	0,13,50	0,25,50
100 magyat. Kronen . .	1,19,00	1,20,00

Züricher Schlusskurie.

Berlin 0,1250	Paris 35,25,00
Wien 0,000,73	Madrid 21,15,00
Brag 17,20	London 0,22,00
Holland 217,00	Agam 2,20,00
New York 5,50 25	Warschau 0,04,50
Osaka 24,75	Wien gest. 0,00,00

Kleine Chronik.

Schundliteratur.

Im „Amisblatt“ für den Stadtkreis Frankfurt a. M.“ vom 20. Oktober findet sich eine „Amtliche Liste der gemäß § 56, Ziffer 12 der Gewerbeordnung vom Feilbieren und Ausschüssen von Bestellungen im Umherziehen und vom Verkauf an Jugendliche unter 16 Jahren ausgeschlossenen Schundliteratur“. Der schon alphabetisch geordnete Katalog zählt 211 Nummern und bietet damit eine traurige Illustration über den Stoffkreis der „Volksliteratur“. Es bestätigt sich dabei, daß die Mode im Geschmack der Schundkonsumenten durchaus keinen Wandlungen unterworfen ist.

Für die „Liebe“ treten stammend ein: „Die Dirnenkönigin von Tahiti“ oder „Der Don Juan vom Jungfernstieg“. Andere Vereinerung verspricht: „Das Liebesleben eines Arztes“ oder „Das Liebesleben einer Kellnerin“. Auch „Die Minderjährigen“ werden manchen Aufklärung bringen, der sich bisher für majorenz schelten hat. Den Volkshochschulen aber wird das systematisch angelegte „Große Lehrbuch der Liebeserregung“ willkommen sein. Immer noch wie in früheren Zeiten spielen die Schicksale keiner Lucia — etwa der Beitelgräfin oder die Schicksale einer Grafentochter: „Die blinde Gräfin“; „Komtesse Ingeborg“ — eine besondere

Rolle. Auch „Das Weib im Herrenklub“ beweist, daß selbst unter Fracks und Smoking Standalöse Triebe wüten. Ja, man kann sagen, daß der Roman „Vertrieben am Hochzeitsabend“ noch an Traurigkeit gewinnt, weil es der „Komon eines Mädchens aus guten Hause“ ist. Doch Casanova nicht fehlen darf, ist eine Selbstverständlichkeit („Der Casanova aus dem Eborärgang“). Aber da die meisten ihren alten Casanova bereits aus dem 17 durchgepaßt haben, so erkundet der Schriftsteller (unter dessen 22 indizierten Dichtungen sich beziehungsweise „Die Arbeiten des Hercules“ befinden) die Abenteuer eines gewissen „Kavotaja“. Die Stoffquelle des Geheimnisvollen wird in vielen Fällen von Ägypten hergeleitet, da bewährte Tradition ja auch die ägyptischen Traumbücher stets für die zuverlässigsten gehalten hat. Unter den abenteuerlichen Zielen spielen die Worte Desertiv und Kriminal die erste Rolle.

Jedoch das Schönste steht uns noch bevor, wenn wir unter den minder bekannten Dichtern des deutschen Sumpfes auf einmal das gelehrte Haupt des aus dem „Meigen“-Prozess als Palladium der Sittlichkeit berüchtigt gewordenen Professors Dr. Karl Brunner auftauchen sehen. (Prof. Karl Brunner, an den sich unsere Leser als an den frühen Streiter gegen Schnitzers „Meigen“ noch erinnern werden, war literar. Sachverständiger beim Polizeipräsidentium in Berlin. Ann. d. Ned.) Man will's nicht glauben und das Auge schaudert: vor den gedruckten Zeilen, wo unter Nr. 40 der polizeilichen Liste der erhabenen Titel leuchtet: „Deutsche Taten“. Begründet von Prof. Dr. Karl Brunner. Heidenau-Nord (Bezirk Dresden), Mitteldeutsche Verlags-Anstalt. Deutsche Taten!!! Was mögen das für deutsche Taten sein?

Schiffunglück. Der Hamburger Seeleichter „Lohn“, der von Petersburg nach Hamburg fuhr, ist bei einem schweren Schneesturm im Finnischen Meerbusen gesunken. Die gesamte Besatzung von sechs Mann ist ertrunken.

Bestohlene Goethekeramik. Nach einer Meldung des Berliner „Kolonialzeitung“ aus Weimar wurde in dem dortigen Bürgermuseum ein Diebstahl verübt. Den bisher unbekanntem Tätern fielen Goethes Uhr und seine Trauringe und ein goldener Becher in die Hände.

Erziehung und Schule.
Entwurf eines sozialistischen Schul- und Erziehungsprogrammes.

Um der Öffentlichkeit zu zeigen, in welchem Geiste der Verband sozialistischer Lehrer und Erzieher zu arbeiten gedenkt, legt er den Entwurf eines Schul- und Erziehungsprogrammes vor und ersucht die Parteigenossen, dazu Stellung zu nehmen. Aufsätze und Zuschriften sind zu senden an die Geschäftsstelle des Verbandes sozialistischer Lehrer und Erzieher in Teplitz-Schönau, Seilerstr. 1. Dieser Entwurf fußt auf dem Erfurter Programme (2. Teil, Punkt 7), auf Referate und Beschlüsse verschiedener Parteitage (insbesondere des Mannheimer im Jahre 1906) und auf dem derzeitigen Stande der Erziehungswissenschaft.

1. Allgemeine Ziele.

Hauptaufgabe der Erziehung ist die Heranbildung der Menschen zum nützlichen und tätigen Gliede des Volkes. Jedwede Klassen- und Berufs-erziehung muß verschwinden. Allen Kindern ist die Möglichkeit zu bieten, ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll zu entwickeln. Im Mittelpunkt der Erziehung steht die Arbeit, sie ist die Quelle des Fortschrittes, des Wohlstandes und des Glückes. Unterricht und Erziehung gruppieren sich um den sozialen Arbeitsprozeß, bis der Mensch mit vollem Verantwortlichkeitsbewußtsein in die soziale Gemeinschaft eintritt und die seiner Veranlagung am besten entsprechende Stelle einnehmen kann. Schaffens- und Lebensfreude sind zu wecken, der Drang nach Wahrheit und Erkenntnis ist allzeit und überall zu pflegen und zu fördern. Alle diese Ziele können nur erreicht werden auf Grund des Sozialismus und des sozialistischen Staates.

2. Der Aufbau des Erziehungs- und Schulwesens.

Um einen gesunden Nachwuchs zu erhalten, müssen die Volkserzieher (Lehrer, Ärzte, Künstler und sonstige Volksgenossen) schon in der Schule, insbesondere aber bei der schulentwachsenen Jugend, bei öffentlichen Vorträgen u. dgl. mit allen Mitteln gegen Alkoholismus, Geschlechtskrankheiten und sonstige die Nachkommenschaft schwer schädigende Einflüsse und Verhältnisse anzuempfehlen. Eine ganz besondere Aufgabe ist es auch, für gesunde Volkswohnungen und eine ausreichende Ernährung Sorge zu tragen. Das kräftigste Eintreten für Mutterschutz, für die Errichtung von Wöchnerinnenheimen, Stillkrippen und Säuglingsheimen gehört durchaus in das Gebiet der öffentlichen Erziehung.

Die allgemeine Schulerziehung dauert vierzehn Jahre. Sie beginnt im 4. Lebensjahre und endigt mit dem 18. Mit dem vollendeten 4. Lebensjahre tritt das Kind in den öffentlichen obligatorischen Kindergarten, welcher den ersten Abschnitt der systematisch geleiteten Einheitschule darstellt. Der Kindergarten vermittelt den Uebergang vom Spiel zur Arbeit. Vom 7. bis 14. Lebensjahre besucht das Kind die Grundschule und erwirbt sich darin die für das Leben notwendige Allgemeinbildung. Die letzten vier Jahre gehören der weiteren Ausbildung und der (teilweisen) Berufsbildung. (Heute: Oberrealschule, Obergymnasium, Staatsgewerbeschule, Lehrerbildungsanstalt, Handelsakademie, höhere Fachschulen u. dgl.) Jedem Absolventen dieser Einheitschule muß die Hochschule offen stehen. Solange es noch

nicht möglich ist, den gewerblichen Nachwuchs in Fachschulen heranzubilden, verlassen jene Schüler und Schülerinnen, die sich einem solchen Berufe zuwenden wollen, mit dem 14. Lebensjahre die allgemeine Grundschule. Sind aber ausnahmslos bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zum Besuche der Fortbildungsschulen verpflichtet. Durch die Errichtung von Volkshochschulen muß auch diesen Personen eine Weiterbildung ermöglicht werden.

Ueber die Schulerziehung hinaus ist es Aufgabe der Volkserzieher, für die Einrichtung von Volkshochschulen, von Instituten für Volkserziehung, insbesondere Vorträge, Einführung von Volkssportarten und gediegene Theateraufführungen Sorge zu tragen.

Die Erziehung der Geschlechter ist gemeinsam. Sie scheidet sich lediglich in solchen Fällen, wo es sich um eine Berufsbildung handelt (z. B. Haushaltungsschulen).

3. Lehrerschaft.

Die Einheitschule erfordert eine einheitliche Lehrerbildung. Jede Lehrperson (ausgenommen Nebenlehrer, Sonderlehrerinnen u. dgl.) hat die volle Hochschule zu absolvieren. Männliche und weibliche Lehrpersonen haben gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Die politische Gesinnung darf unter keinen Umständen maßgebend sein für Qualifikation oder dienstliche Verfügungen. Die Bezahlung ist gleichmäßig für Stadt und Land. Sie muß so sein, daß jeder Lehrer und Erzieher frei von materiellen Sorgen seine ganze Kraft dem Berufe widmen kann.

4. Schul- und Erziehungshäuser.

Jedes Schul- und Erziehungshaus ist nach den Grundsätzen der Hygiene, der Pädagogik und der Kunst erbaut und eingerichtet, es befindet sich in möglichst ruhiger und staubfreier Lage, alle Zimmer sind geräumig, hell und gut lüftbar. In einem guten Schulhause dürfen nicht fehlen: große gesunde Turnplätze, ein Schülerbad, eine Schulküche mit anschließender Speisekammer, Schülerwerkstätten, ein Zimmer für den Schularzt, Konferenz- und Lehrerzimmer und alle sonstigen für einen modernen Schulbetrieb nötigen Räume. Insbesondere darf ein Saal zur Veranstaltung von Schulfeiern, Lichtbildervorträgen, Mädchen-vorlesungen u. dgl. nicht fehlen.

In jeder Schule gehört ein geräumiger Spielplatz, ein Eisplatz und ein entsprechender Schulgarten.

Neben den Schulhäusern sind Internate für auswärtige Kinder anzulegen, ebenso Kinderhorte für schulpflichtige und Jugendhorte für Schulentwachsene.

Nach Tauglichkeit sind verschiedene Schulanstalten, die einander ergänzen, auch bei einander zu gruppieren.

Wo es angeht, ist der Unterricht im Freien zu ermöglichen, die Einrichtung von Waldschulen ist überall zu fördern.

5. Schulgesetzgebung und Schulverwaltung.

Oberster Grundsatz ist, daß jedes Volk seine Schulen und Erziehungsanstalten selbst verwaltet. Der gesetzgebenden Körperschaft ist ein Schulausschuß anzugliedern, der zur Hälfte aus frei gewählten Vertretern der Lehrerschaft aller Schulkategorien, zur Hälfte aus Abgeordneten besteht. Es darf kein Schulgesetz der gesetzgebenden Körperschaft zur Beratung vorgelegt und keine wichtige Verordnung erlassen werden, bevor sie nicht die Zustimmung der Mehrheit dieses Ausschusses besitzt.

Die Schulbehörden bestehen zur Hälfte aus gewählten Vertretern der Lehrerschaft, zur Hälfte aus gewählten Vertretern der Eltern. Diese Schulbehörden treffen im Rahmen der betreffenden Gesetze frei und unabhängig ihre Entscheidungen.

Die Schulaufsicht wird von tüchtigen Fachleuten geführt, die im Zeitraum von je drei Jahren von der Lehrerschaft jener Schultypen gewählt werden, denen sie vorstehen.

Die Schulleiter höher organisierter Schulen (mit mindestens vier Lehrpersonen) werden vom Lehrkörper dieser Schulen von drei bis drei Jahren gewählt. Ihnen obliegt die Führung der administrativen Geschäfte und die Vertretung der Schule nach außen. Für niedrige organisierte Schulen wählt den Schulleiter die übergeordnete Schulbehörde aus den Lehrern der Schule.

(Schluß folgt.)

Reaktion und Erziehung.

Das Jahr 1618 hat viel zu wenig revolutionäre Kraft besessen, um alle Reststücke aus den Zeiten des absoluten Monarchismus zu entwurzeln. Der jähe Sturz in enternotier Zeit vermochte nicht, die in Demut geübter Gläubigkeit vor dem Vortessamentum knieweich gewordenen Menschen aufzurichten; es fehlte an der Kraft zur willensbewussten Scheidung zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Die Wetterstürme des Umwälzungsprozesses haben im ersten Ansturm morische Regententhale zerbrochen und degenerierte Dynastien über die Grenzen getrieben, sich dann in kleinen Außerlichkeiten ausgelebt — in keiner Weise aber neue, schöpferische Werte gebracht.

Die Schuld? Mit pompös großsprechender Geste auf den Schauplatz der Geschichte getreten, ist das Revolutionären in der Tschechoslowakischen Republik im Feueranbruch eines fanatischen Nationalismus erstarkt. Verunpaltete Städtenamen und unlesbare Straßentafeln sind die blühlichen Schandstücke einer Scheinrevolution, die sich anmaßen wollte, der geschichtlichen Entwicklung einer neuen Zeit Antrieb zu schenken. Die zur Wetterwende rufenden Sturmgloden des Jahres 1918 haben

die Welt belogen und kaum eine der vielen Erwartungen ihrer Zeit erfüllt.

Zahllos sind die Wellen, die den gewaltigen Rückschlag in alle Richtungen des staatlichen Lebens fortsetzen. Alle vom Staatstrum hinausgehenden Verfügungen tragen das Kennzeichen der immer mächtiger werdenden Reaktion.

Als Tributgläubiger eines hilflosen Staates fordern die vier Vorposten der Reaktion ihr Teil an der Beeinflussung der Volkserziehung.

Als inhaltsleerer Schall verklingt der vor viel Jahren noch so laute Ruf nach Trennung von Kirche und Staat, unerfüllt blieb die für die freie Weiterentwicklung der öffentlichen Erziehung so dringend gewordene Trennung von Schule und Kirche.

Das sogenannte freisinnige Bürgergürtel schwelgt in Neufantasmen, Gefühlsduseleien, verklärter Bürgerposten, träumt von Germanenlagen und Kyffhäusermärchen, berauscht sich im Selbstgefühl höchsten Auslesewertes.

Das sogenannte freisinnige Bürgergürtel schwelgt in Neufantasmen, Gefühlsduseleien, verklärter Bürgerposten, träumt von Germanenlagen und Kyffhäusermärchen, berauscht sich im Selbstgefühl höchsten Auslesewertes.

bleibt als einzige verlässliche Sturmtruppe in der Abwehr gegen die Reaktion die sozialistische Lehrerschaft im engen Verbände mit der gesamten Arbeiterkraft.

Geschäftliche Mitteilungen des Verbandes sozialdemokratischer Lehrer und Erzieher.

Gerichtssaal.

Zwei Todesurteile in Budweis.

Von dem Budweiser Schwurgerichte wurden am 25. Oktober zwei Todesurteile gefällt: Im ersten Falle handelt es sich um den Mörder und Räuber Franz Hjalta, der eine ganze Reihe von Raub- und Mordtaten mit ausgesuchter Grausamkeit vollbrachte.

Ein aufgehobener Freispruch.

Die 25jährige Photographengattin Anna Bil aus Neupala wurde im Oktober 1921 von der Anklage, ihre dreijährige Stieftochter ermordet zu haben, freigesprochen.

Kunst und Wissen.

Arthur Schnitzler in der Prager „Urania“.

Was nicht vielen Dichtervorlesungen, gelang dieser Darbietung Arthur Schnitzlers: daß sie das Bild des Meisters wesentlich bereicherte und vertiefte und sich nicht auf den augenblicklichen Reiz beschränkte.

Sich in langen anderthalb Stunden derart umfassend zu charakterisieren, trifft nur ein Mann von strengster selbstkritischer Einsicht, und sich so vollendet zu interpretieren, wie es Schnitzler als Vorleser tat, nur ein Künstler ersten Ranges.

einer erlebten Kraft der Individualisierung, wie sie einem nur selten vom Vortragstisch her begegnet. Wie lebten doch, bei einfachsten, von jeder Schauspielerei freien Mitteln, der sterbende Mime, der auf seine Raube verzichtende Journalist und der „jobiale“ Dichter in den „Lezten Masken“.

Gastspiel Barbara Kempf im Deutschen Theater.

Es gehört nur dazu, in Prag als Kuda zu gastieren, wenn man nicht gerade von Mutter Natur mit jenen Gaben ausgestattet ward, die der Mittel- und Süd-deutsche von einer Bühnenercheinung verlangt.

Neues Theater. Heute, den 28. nachm.

„Die Bajadere“, abends „Salome“; Sonntag, den 29.: nachm. „Haben Sie nichts zu verfallen?“, abends „Effenbach“; Montag, den 30.: Uraufführung „Entlassung“.

Kleine Bühne. Heute, den 28.: nachm.

„Liebele“, abends „Wauwau“; Sonntag, den 29.: „Bernwolf“; Dienstag, den 31.: „Bernwolf“; Mittwoch, den 1. Nov.: „Entlassung“.

„Urania“-Vochenprogramm:

Heute entfallen die Kurse Prof. Bruschka und Bil. Heute, 7 Uhr, „Urania“-Kulturabende „Das Fallissemont“, Schauspiel von Jörnens.

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Dahlemstr.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (4) Autor. Uebersetzung von Hermann zur Mühlen.

Das war ein wahrlich verblüffender Vorschlag! Seine Kleidung, das lange Haar — er hatte gar viele Eigentümlichkeiten, die so gar nicht um fünf Uhr nachmittags auf den Broadway paßten.

„Wirklich?“ entgegnete er verwirrt. „Ich bin dessen nicht gewiß. Habe mich bereits öfter gefragt: braucht man mich hier wirklich? Bin ich nicht draußen in der Welt viel nötiger?“

„Das stimmt.“ „Und wenn es regnete, ginge der ganze Altar zugrunde. Dies würde den hochwürdigen Herrn Lettuce-Spray tief schmerzen.“

Er durchschritt das Kirchenschiff, betrat die Sakristei. Hier hing an der Wand das lebensgroße Bild des alten Algernon de Wiggs, des Präsidenten der Handelskammer von Western City.

nehmen kann,“ meinte der Fremde, stieg auf einen Stuhl und hob zu meinem Erstaunen das schwere Bild von der Wand, trug es ohne Anstrengung durch die ganze Kirche.

Er trat auf den Altar, hob das Bild zum Fenster empor. Wie es ihm gelang, es dort zu befestigen, weiß ich nicht, ich war viel zu verblüfft, um auf Einzelheiten zu achten.

„Ich glaube, es ist sein Herz,“ erwiderte der Fremde. „Das kann nicht sein; es befindet sich auf der rechten Seite, hat eine ovale Form, als wäre es ein Geldbeutel.“

Der Fremde sprach: „Wo der Schatz ist, da wird auch das Herz sein.“

Wir strebten durch das gewölbte Tor, vor uns lag der Broadway. Ein unbefugliches Gefühl kam mich an, ich sah mich im Geiste mit dieser seltsamen Gestalt durch die belebte Straße gehen.

Weshalb dem so sei, wurde mir bald klar: das gute Klima unserer Stadt lockt allerlei seltsame Gäste her; wir haben indische Ewamis in gelber Seide, auf dem einen Hügel erhebt sich ein theosophisches Lehrhaus, und es wohnen hier auch Menschen, die es mit der „Natur“ halten.

So kam es, daß ich unbelästigt, als verständnislos mich selbst, mit meinem seltsamen Gefährten einherstiebt. Ich sah, daß er sich umblühte, war auf Fragen gefaßt, war neugierig zu hören, was er sagen werde.

Schließlich fragte er: „Ist dies eine große Stadt?“ „Sie hat etwa eine halbe Million Einwohner.“

„In was für einem Viertel befinden wir uns?“

„Glaube und Heimat“ nach dem bekannten Schauspiel von Karl Schönherr. Vorher „Das obere Juntal“. Karten 2-10 K, Urania-Kanzlei und Wexler.

Vortrag Waldemar Fensela, 15. November, 8 Uhr, veranstaltet vom deutschen Verein „Frauenfortschritt“ in der „Urania“. Karten 20-5 K.

„Das deutsche Lied“ in Dori und Ton. Zyklus von sechs Abenden in der „Urania“. 1. Kammerfänger Fr. Broderick „Schubert-Strauß-Abend“.

Bezirkskonferenz Gorkau. Am Sonntag, den 22. Oktober fand in Gorkau die ordentliche ganzjährige Bezirkskonferenz statt, die von 66 Delegierten und 13 Gästen besucht war.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Gorkau. Am Sonntag, den 22. Oktober fand in Gorkau die ordentliche ganzjährige Bezirkskonferenz statt, die von 66 Delegierten und 13 Gästen besucht war.

Neues Theater. Heute, den 28. nachm. „Die Bajadere“, abends „Salome“; Sonntag, den 29.: nachm. „Haben Sie nichts zu verfallen?“

Kleine Bühne. Heute, den 28.: nachm. „Liebele“, abends „Wauwau“; Sonntag, den 29.: „Bernwolf“; Dienstag, den 31.: „Bernwolf“.

„Urania“-Vochenprogramm: Heute entfallen die Kurse Prof. Bruschka und Bil. Heute, 7 Uhr, „Urania“-Kulturabende „Das Fallissemont“.

Bezirkskonferenz Gorkau. Am Sonntag, den 22. Oktober fand in Gorkau die ordentliche ganzjährige Bezirkskonferenz statt, die von 66 Delegierten und 13 Gästen besucht war.

„Im Geschäftsviertel.“ „Ist dies ein abgezonderter Stadtteil?“ „Abgezonder? Wie meinen Sie dies?“

„In meinem Jugend, ich kenne sie nur allzu gut. In meiner Jugend lernte ich die Worte des Propheten: Darum, daß die Töchter Sions stolz sind.“

„Die Eigenheiten der Mode führen Sie irre, Sie kennen diese selbstverständlich nicht.“

„Literarisch genommen mochten diese Worte hohen Wert besitzen, doch war es zumindest ungewöhnlich, sie an der Ecke vom Broadway und der Fünften Straße in den belebtesten Stunden auszusprechen.“

„Literarisch genommen mochten diese Worte hohen Wert besitzen, doch war es zumindest ungewöhnlich, sie an der Ecke vom Broadway und der Fünften Straße in den belebtesten Stunden auszusprechen.“

„Literarisch genommen mochten diese Worte hohen Wert besitzen, doch war es zumindest ungewöhnlich, sie an der Ecke vom Broadway und der Fünften Straße in den belebtesten Stunden auszusprechen.“

